

**36. Bundesparteitag
in Wiesbaden
13. bis 15. Juni 1988**

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes



Nach einer mehr als zehnstündigen auf hohem Niveau stehenden Debatte haben die Delegierten des 36. Bundesparteitages der CDU am zweiten Tag des Wiesbadener Parteitages (14. 6. 1988) den Leitantrag des Bundesvorstandes „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ einstimmig verabschiedet.

Das Kapitel III „Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ wird auf einem „Kleinen Parteitag“ (Bundesausschuß) im September beraten.

Für viele Delegierte war es eine schwere Gewissensentscheidung, ob sie in der Abwägung um einen besseren Schutz für das ungeborene Leben für oder gegen eine Verschärfung des bestehenden Strafrechtes stimmen sollten. Es blieb, von einigen Änderungen abgesehen, bei der vom Bundesvorstand vorgelegten Generallinie. Trotzdem war die Diskussion für die Partei ein Gewinn. Dem Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, ist zuzustimmen, als er nach der Diskussion feststellte: „Bei einer solchen Grundsatzdebatte kann es keine Sieger und Besiegte geben. Es ging darum, einen Weg zu finden, den wir gemeinsam gehen können.“

In dieser Ausgabe finden unsere Leser neben dem Beschluß (grüner Teil) das mit großem Beifall bedachte Einführungsreferat von Heiner Geißler sowie Redebeiträge von Präsidiums- und Bundesvorstandsmitgliedern.

Es gab in der Debatte eine große Anzahl hervorragender Beiträge, die wir leider nicht alle veröffentlichen können. Aus diesem Grunde gibt die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Broschüren heraus und das Wortprotokoll, so daß sich jeder noch über die Berichterstattung im UiD hinaus informieren kann.

Im nächsten UiD dokumentieren wir den dritten Tag mit der Rede von Helmut Kohl zum Antrag „Die CDU als moderne Volkspartei“ und die übrigen vom Bundesparteitag verabschiedeten Beschlüsse.

Heiner Geißler:

Grundsatztreu und zukunfts offen

Breiten Raum nahm auf dem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden der Antrag des Bundesvorstandes „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“ ein. Die Einführung in das Thema gab Generalsekretär Heiner Geißler. Der Generalsekretär nahm zunächst Bezug auf seinen Vordredner, Alois Mock, den Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Geißler sagte:

Wenn man Alois Mock gerade gehört hat, wie er über den Sozialismus geredet hat, kann man sich so richtig vorstellen, wie freundlich es im Kabinett einer Großen Koalition zugeht. Es hat bezüglich einer Großen Koalition ja auch bei uns einige Erwägungen in der Vergangenheit gegeben, die aber mehr spekulativer Art waren. Nicht nur diese und ähnliche Äußerungen, sondern, wie ich glaube, auch die Situation in der Bundesrepublik Deutschland geben uns Anlaß, hier festzustellen: Mit den Sozialdemokraten ist in der Bundesrepublik Deutschland weder von den Inhalten noch von der Zielsetzung her eine Zusammenarbeit möglich, die die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland sicherstellen könnte. Ich will auf diese wichtige Frage nachher noch eingehen. Ich habe als Generalsekretär ja auch einen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Gestern hat ein Diskussionsredner gesagt, es würden zu viele Papiere produziert. In Wirklichkeit hat er wahrscheinlich gemeint: zu viele Programme. In einer Zeit, die durch einen tiefgreifenden Wandel gekennzeichnet ist, in der die Bundesrepublik Deutschland unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs

steht, in einer Zeit, in der wir grundlegende innenpolitische Reformen wie die Steuerreform, die Gesundheitsreform, die Strukturreform in der Rentenversicherung durchsetzen müssen, in einer Zeit, in der es deswegen zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen in der Bevölkerung und auch mit dem politischen Gegner über den richtigen Weg und die Ausgestaltung dieser Reformvorhaben kommt, in einer solchen Zeit gibt es selbstverständlich viele, die sagen: Nun konzentriert euch doch lieber auf die Gegenwart, auf die richtige Information und die Darstellung der Reformen.

Manche meinen sogar, wer mit der Gegenwart nicht fertig wird, flieht in die Zukunft, und laßt deswegen die Finger davon, auf einem Parteitag einer Regierungspartei weitere Streitthemen der Zukunft in die Diskussion zu bringen; habt ihr denn noch nicht genug Probleme?

Und warum sollte man einer solchen Auffassung auf den ersten Blick nicht sogar recht geben? Aber wahr ist eben auch etwas anderes: Natürlich müssen wir unsere Gegenwartsaufgaben erfüllen. Aber gerade weil unsere Zeit von diesem tiefgreifenden Wandel erfaßt ist, gerade weil wir als Regierungspartei, und zwar als größte Regierungspartei, die Aufgabe haben, diesen Wandel in unserem Sinne zu gestalten, den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland zu sichern und gleichzeitig eine menschliche Gesellschaft zu ermöglichen, gerade weil in einer solchen Zeit aus der Gegenwart täglich Zukunft wird, und wir es mit werden den Wirklichkeiten zu tun haben, dürfen wir die Zukunft nicht aus dem Auge ver-

lieren: Denn sonst würden wir morgen möglicherweise die Regierung verlieren.

Wir müssen uns 1990 mit dem Wähler nicht nur darüber unterhalten, was wir getan haben, sondern auch darüber, was wir tun werden. Dies ist eine zwingende Voraussetzung.

Ich will etwas zu dem sagen, was wir getan haben: Über manche Formen des Pessimismus in Deutschland kann man sich eigentlich nur wundern. Wenn ich das richtig verfolgt habe, haben alle drei Präsidentschaftskandidaten in Frankreich, François Mitterrand, Raymond Barre, Jacques Chirac, während des Wahlkampfes erklärt, daß sie dann, wenn sie die Regierung in Frankreich überneh-

„Wir haben bei uns die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub. Wir haben die stabilste Währung, die niedrigsten Preise, die höchsten Sozialleistungen. Aber wenn man bei manchen Veranstaltungen über die Gesundheitsreform anwesend ist, dann hört man: ‚Wir gehen gleich am Bettelstab.‘ Aber dieselben, die so etwas sagen, oder zumindest ihre Verbandsvertreter, fliegen dann im Jet zu Fachkongressen, trinken im Flugzeug ihren Sekt, lesen die ‚FAZ‘ und schimpfen dann anschließend über die Regierung.“

men, genau eine Politik realisieren würden, wie sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Helmut Kohl und der Christlich Demokratischen Union in der Bundesrepublik Deutschland realisiert werde.

Und in der Tat, man kann es nicht oft genug sagen: Wir haben bei uns die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub. Wir haben die stabilste Währung, die niedrigsten Preise, die höchsten Sozialleistungen. Aber wenn man bei manchen Veranstaltungen über die Gesundheitsreform anwesend ist, dann hört man: „Wir gehen gleich am Bettelstab.“ Aber dieselben, die so etwas sagen, oder zumindest ihre Verbandsvertreter, fliegen dann im Jet zu Fachkongressen, trinken im Flugzeug ihren Sekt, lesen die „FAZ“ und schimpfen dann anschließend über die Regierung.

Und deswegen hatte es gestern schon seinen Sinn und seine Berechtigung, daß wir uns auf unsere eigene Kraft besonnen haben und daß wir uns hier miteinander und mit dem Bundeskanzler solidarisiert haben.

Aber so richtig der Satz ist: Man kann anderen nur imponieren, wenn man sich selber imponiert, so richtig ist es auch: Es reicht nicht, daß wir uns gut finden. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger außerhalb des Saales müssen uns auch gut finden.

Und in der Tat, der normale Zeitungsleser, der normale Mitbürger oder derjenige, der ins Fernsehen guckt, ist ja nun nicht jemand, der sich ständig — wie die Profis — von morgens bis abends mit der Politik beschäftigt. Es wäre ja auch ganz schlimm, wenn das so wäre; das wäre eine ganz grausame Vorstellung. Die normalen Mitbürger sind vielmehr Leute, die ihrem Beruf nachgehen, die sich mit ihrer Frau, mit ihrer Familie, mit dem Garten, mit dem Hund usw. beschäftigen.

Und wenn sie dann morgens die Zeitung lesen, dann beschäftigen sie sich vielleicht ein paar Minuten, meistens im Lokalteil, mit der Politik. Und abends beschäftigen sie sich dann vielleicht erneut 10 oder 15 Minuten mit der Poli-

tik, wenn sie „heute“ oder die „Tageschau“ einschalten.

Dann ist es allerdings natürlich schon so, daß sich diesem Fernsehzuschauer manches darbietet, was er nicht versteht. Er liest in der Zeitung von Beitragserhöhungen und gleichzeitig von der notwendigen Gesundheitsreform, die die Beiträge stabilisieren soll. Er liest von der großen Steuersenkung und gleichzeitig von Steuererhöhungen.

Wir können als Partei — auch auf diesem Parteitag — nicht den Regierungsalltag ersetzen. Aber wir sollten als Partei —

„Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zu vielem bereit, auch zu Opfern, wenn wir ihnen den Sinn dessen begreiflich machen, was notwendig ist.“

zusammen mit der Fraktion und der Regierung — heute, so wie wir das auch in der Außenpolitik getan haben, die Zusammenhänge darstellen, erkennbar machen und versuchen, den vielen einzelnen Entscheidungen einen Sinn zu geben. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zu vielem bereit, auch zu Opfern, wenn wir ihnen den Sinn dessen begreiflich machen, was notwendig ist.

Und wir müssen in Rechnung stellen, daß viele Menschen vieles anders sehen, daß sich viele Menschen trotz Wohlstand betroffen fühlen: von ungelösten Problemen des Hungers in der Welt, von weltweiten Umweltproblemen, der Sicherung des Friedens, der Abrüstung, der Arbeitslosigkeit, um nur einige Probleme zu nennen. Zur Sinnggebung gehört, daß wir den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen — und Steuersenkung und Steuererhöhung, das kann man schon klarmachen —, daß

wir nicht allein im Wohlstand leben können, sondern z. B. unseren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit Europas leisten müssen. Wir müssen ihnen z. B. auch klarmachen, daß wir unseren Beitrag zu gleichen Chancen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland zu leisten haben. Die Sinnzusammenhänge darzustellen — das scheint mir notwendig zu sein.

Es ist für eine große Partei richtig und notwendig, daß wir die Reihen auch in schwierigen Zeiten enger schließen. Aber wir dürfen uns nach außen nicht abschließen. Wir müssen die Menschen erreichen; denn wir sind ja nicht für uns selber da. Unsere Gedanken, Ideen und Erfolge sind in einer Demokratie nur so viel wert, zumindest was die politische Wirkung und die Zahl der Mandate anlangt, wie die Menschen sie mit uns teilen.

Wir haben ja nicht nur das Super-Wahljahr 1990 mit fünf Landtagswahlen und der Bundestagswahl, sondern im nächsten Jahr auch die Landtagswahl in Berlin und die Europawahl im Juni vor uns. Wir haben kein wahlfreies Jahr vor uns. Ich will denen durchaus recht geben, die sagen: Wir dürfen unsere großen politischen Entscheidungen nicht immer von der Tatsache abhängig machen, daß in jedem Jahr mehrere Wahlen stattfinden.

Das ist alles richtig. Aber ich meine dennoch, daß wir darauf achten müssen, daß z. B. im nächsten Jahr Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz und im Saarland stattfinden. Das heißt: In ungefähr zwei Dritteln der Republik werden die Kommunalparlamente, die Kreistage und die Gemeinde- und Stadträte neu gewählt. Die Vorbereitung dafür beginnt nicht im nächsten Jahr, sondern sie beginnt heute, sie beginnt unmittelbar nach der Sommerpause. D. h., wir müs-

sen uns schon zusätzliche Gedanken machen — und das gehört auch schon zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl —, wie wir denn die Mehrheiten erhalten, ja, wie wir die Mehrheiten ausbauen wollen. Es ist doch klar, daß dies nicht ohne Stammwähler geht, aber ohne neue Wähler auch nicht. Wir sollten endlich aufhören, die Stammwähler gegen die Wechselwähler ausspielen zu wollen.

In der „Politischen Meinung“ hat Hans-Joachim Veen — auf Unterlagen der Adenauer-Stiftung beruhend — einen Bericht über Konfessionen und Wahlverhalten der Generationen gegeben. Da müssen wir nicht nur einen dramatischen Rückgang der kirchlichen Bindungen — von großer Bedeutung für die Christlich Demokratische Union — zur Kenntnis nehmen, sondern auch den Verlust eines besonders wichtigen traditionellen Rekrutierungsfeldes auch für den politischen Nachwuchs unserer Partei. Das sind wichtige, zum Teil dramatische Entwicklungen gegenüber der Situation in den 50er und 60er Jahren, die die Christlich Demokratische Union gar nicht allein beeinflussen kann. Vor diesem Hintergrund kann man sich doch nur wundern, und man ist manchmal geneigt, ironisch zu werden — auch gestern ist es in dem einen oder anderen Beitrag angekommen —, wenn manche sagen, wir sollten keine neuen Wähler gewinnen, denn das würde Stammwähler verprellen. Da kann ich nur sagen: aufpassen! Ich glaube, es ist gerade umgekehrt: die Stammwähler freuen sich am meisten, wenn neue Wähler hinzukommen; dann sind sie nicht so einsam.

Im Ernst: Warum soll denn ein Bauer oder ein Vertriebener uns eigentlich nicht mehr wählen, weil wir uns um Arbeitnehmer und moderne Technologien kümmern? Weder Konrad Adenauer noch Ludwig Erhard hätten ihre Mehrheiten

bekommen, wenn man nach den anderen Rezepten, die ich gerade karikiert habe, vorgegangen wäre.

Wir haben gute Beispiele dafür, wie man es richtig macht: Walter Wallmann hier in Hessen. Der Wahlsieg der CDU — das ist zwar nicht die einzige Erklärung, aber eine richtige Erklärung dafür — fand in den modernen Dienstleistungszentren von Offenbach, Hanau über Frankfurt bis nach Wiesbaden statt. Arbeitnehmer mit modernen Technologien haben uns gewählt und haben, das wissen wir, eine Vorliebe für die CDU, weil und solange wir eine moderne Partei sind, die technologischen Fortschritt und wirtschaftspolitische Kompetenz mit sozialer Verantwortung verbindet. Walter Wallmann!

Beispiel Nummer zwei: Eberhard Diepgen, der zusammen mit seinen Freunden die CDU zu einer erfolgreichen Großstadtpartei gemacht hat, und dem wir helfen und den wir unterstützen wollen, daß

„Zur Sinnggebung gehört, daß wir den Bürgerinnen und Bürgern klar machen, daß wir nicht allein im Wohlstand leben können, sondern z. B. unseren Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Einheit Europas leisten müssen.“

er am Anfang des nächsten Jahres seine erfolgreiche Politik in Berlin fortsetzen kann.

Und natürlich Lothar Späth, der nicht zuletzt im Großraum Stuttgart, und zwar nicht nur bei den Arbeitnehmern in Großunternehmen, sondern auch in modernen mittelständischen Betrieben die absolute Mehrheit der CDU gesichert hat.

Die Sozialdemokraten haben in diesen Wählerschichten die größten Probleme, und darin liegt eine große Chance für uns, wenn wir es inhaltlich richtig machen. Die INFAS-Wahlanalyse zur letzten Bundestagswahl hat festgestellt — ich zitiere —:

„Die Sozialdemokraten sind offenbar dem Tempo des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses bisher nicht gewachsen.

...

Für die CDU ist das Feld langfristig besser bestellt. Sie verfügt über eine gute Verankerung in der Mittelschicht, hohe Anteile bei Arbeitnehmern, im Kernbereich der Wirtschaft, viel Vertrauen bei den High-Tech-Angestellten. Die Union dürfte es daher leichter verkraften, wenn sich durch Modernisierungsprozesse der Gesellschaft die Bindungen ihrer Traditionswählerschaft abschwächen.“

Wir sollten dies als Hilfsmittel für unsere politischen Entscheidungen zur Kenntnis nehmen. Das hat nichts damit zu tun, daß man angeblich oder wirklich dem Zeitgeist nachläuft.

Ich habe am Anfang gesagt, wir müssen den Menschen bei der Bundestagswahl nicht nur sagen, was wir getan haben, sondern wir müssen den Menschen auch sagen, was wir tun werden. Da ist doch etwas klar — darüber sollten wir doch offen reden —: Die Steuerreform war notwendig, und der Bundesfinanzminister sagt, abgestützt auf das Gutachten des unabhängigen Finanzbeirats zu Recht, daß diese Steuerreform mit ihrer Steuersenkung die einzige seit 1949 ist, die diesen Namen wirklich verdient. Denn dies ist die Wahrheit, lieber Gerhard Stoltenberg.

Aber — dies tut der Steuerreform keinen Abbruch — mit ihr allein werden wir bei der Bundestagswahl die Köpfe und die

Herzen der Menschen nicht erreichen. Dies muß bei den kommenden Haushaltsberatungen mit berücksichtigt werden.

Wir sagen im Leitantrag, daß die Sozialpolitik die finanzielle Leistungsfähigkeit und das wirtschaftliche Wachstum berücksichtigen muß. Das ist ein selbstverständlicher und wohlbegründeter Grundsatz, aber er kann für eine Partei, die ihre Politik auf dem christlichen Menschenbild als Grundlage ihrer Politik aufbaut, natürlich nicht nur dann gelten, wenn es um Familien oder um pflegebe-

„Unsere Gedanken, Ideen und Erfolge sind in einer Demokratie nur so viel wert, zumindest was die politische Wirkung und die Zahl der Mandate anlangt, wie die Menschen sie mit uns teilen.“

dürftige alte Menschen geht. Vielmehr muß dieser Grundsatz für alle anderen haushaltsrelevanten Entscheidungen genauso gelten, vom Jäger 90 angefangen, über den Airbus bis zu den 30 Milliarden DM Subventionen, also für alles, was außer den Familien oder dem Bundeszuschuß zur Rentenversicherung auch noch Geld kostet. Ich sage, es gilt für alle.

Wir sollten die Erwartungen der Menschen in unsere Politik nicht falsch einschätzen. Das heißt, wir brauchen Antworten auf Fragen, die über das Materielle hinausgehen; z. B. auf die Frage — auch das müssen wir auf diesem Parteitag doch ansprechen —, ob wir die Kraft und das Geld haben, die Nordsee wieder gesund zu machen. Das ist doch eine Forderung, die wir ansprechen müssen.

Oder ob wir die solidarische Kraft haben, den strukturschwachen Regionen wirksam

zu helfen, denn Ernst Albrecht hat eine richtige Frage gestellt.

Oder ob wir die Kraft und auch die wirtschaftspolitische Konzeption haben — auch das gehört dazu; das ist, wenn Sie von der humanen Bedeutung dessen ausgehen, was ich sage, etwas, was über das rein Materielle hinausgeht —, unsere Unternehmen, vor allem die Handwerker und die Mittelständler, so zu entlasten, daß sie wettbewerbsfähig bleiben. Denn wenn man einmal genauer hinsieht, dann weiß man, wer an der Front die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft. Von 1977 bis 1987 sind in der Bundesrepublik Deutschland von den Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten ungefähr 585 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, von den Betrieben mit 20 bis 500 Beschäftigten plus/minus null, und von den Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten sind über 200 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Seit 1983/84 hat sich dieser Trend eher verschärft.

Große gehen mit ihren Investitionen ins Ausland und können dort nach wie vor ihre Gewinne machen. Die kleinen und mittleren deutschen Betriebe können das nicht. Das heißt, wer an der Front gegen die Arbeitslosigkeit etwas gewinnen will, muß nicht die großen, sondern unsere mittelständischen Betriebe unterstützen.

Zu den Fragen, die über das Materielle hinausgehen — auch wenn das auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein scheint —, gehört aber auch, ob wir die Kraft und den Willen haben, Geld für das zur Verfügung zu stellen — nicht nur Sprüche, sondern Geld —, was wir versprochen und in der Koalition vereinbart haben, nämlich den Erziehungsurlaub zu verlängern und das Erziehungsgeld zu verbessern, und ob wir die Kraft und den Willen haben, die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau im Lebensalltag so zu realisieren, wie es der Parteitag in

Essen beschlossen hat. Deswegen ist Rita Süßmuth so wichtig für unsere Partei, aber auch für die Sache, um die es uns geht.

Es ist doch wahr: Sie hat die Frauenfrage aus der Sektiererrecke, aus der linken Ecke in die politische Mitte gebracht. Sie hat wie kaum eine andere Frau den Frauen, auch unseren Frauen in der Christlich Demokratischen Union, Selbstbewußtsein gegeben. Niemand braucht sich zu genieren, wenn er über die CDU-Frauenpolitik spricht.

Rita Süßmuth ist für viele das Symbol einer Politik des neuen Stils, des Aufeinanderzugehens, der Sensibilität, der Offenheit geworden. Die Wähler, vor allem die Frauen, werden genau darauf achten, wie frauenfreundlich wir eigentlich sind und wie wir mit solchen Frauen bei uns umgehen.

Wir haben immer, liebe Parteifreunde, dann Zustimmung gefunden, wenn wir unseren Grundsätzen treu geblieben sind und gleichzeitig offen für die Zukunft waren. Wer sich der Zukunft verschließt, wird reaktionär und meldet sich aus der Geschichte ab.

Viele unserer Mitbürger haben Angst — begründet? — unbegründet? — vor der Zukunft. Umweltkatastrophen, die atomare Apokalypse, die Konstruktion eines künstlichen Menschen — ein Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen — sind, um nur einige Beispiele zu nennen, existentielle Bedrohungen, die wir nur überwinden können, wenn wir diese Gefahren realistisch einschätzen, fähig sind zu Innovationen, Mut haben, aber auch die richtigen Wertvorstellungen haben.

Da möchte ich dem Bundeskanzler recht geben. Ich habe auf vielen Begegnungen im Ausland, auf Symposien der Alpenvereine z. B. immer wieder erlebt, daß diese Leute gesagt haben — Alois Mock wird es bestätigen können: Ihr seid 1982,

1983 die ersten gewesen, die innerhalb Europas auf der nationalen Ebene mit dem Umweltschutz angefangen habt. Wir haben hier Hervorragendes geleistet mit dem abgasarmen Auto, dem bleifreien Benzin und mit der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Ich brauche das im einzelnen nicht auszuführen.

Aber ich habe vorhin einen Punkt genannt: Unser Umweltminister Klaus Töpfer braucht für die Zukunft auch unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Im Vorfeld dieses Parteitages hat es ja eine Diskussion darüber gegeben, ob wir den Umweltschutz nicht doch in dem Leit Antrag behandeln sollten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag der Antragskommission berücksichtigt das, indem vorgeschlagen wird, der Bundesparteitag möge beschließen, daß der Umweltschutz Bestandteil dieses Leittrages — Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes — wird,

„Wir sollten endlich aufhören, die Stammwähler gegen die Wechselwähler ausspielen zu wollen. Die Stammwähler freuen sich am meisten, wenn neue Wähler hinzukommen; dann sind sie nicht so einsam.“

allerdings dann verabschiedet vom Bundesparteiausschuß, was nach meiner Auffassung keine Herabsetzung der Bedeutung des Themas ist.

Täuschen wir uns nicht: Die Folgen von Tschernobyl bis hin zum Robbensterben in der Nordsee gehen den Menschen unter die Haut. Wir müssen darauf drängen, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe weltweit zu verbieten, um die Ozonschicht zu schonen.

Das haben wir in der Koalitionsvereinbarung angesprochen.

Ich rufe noch etwas in Erinnerung — nicht etwas, das wir neu erfinden, sondern etwas, was vereinbart worden ist —: Führen wir denn nun in dieser Legislaturperiode die Umwelthaftpflichtversicherung ein oder lassen wir uns vom Justizminister blockieren?

Wenn wir schon etwas für die Nordsee tun wollen, dann müssen wir uns doch überlegen, ob wir nicht bereit und fähig sind, der DDR oder der Tschechoslowakei zu den Kläranlagen zu verhelfen, die dafür sorgen, daß die Elbe in Hamburg und in der Nordsee wieder sauber ankommt.

Ich weiß das alles wohl, ich bin nur der Auffassung, das gehört zum Sinn und zum Zusammenhang: Wenn wir jetzt die Entscheidungen treffen, dürfen wir nicht selektiv vorgehen.

Ich weiß nicht, welches Ergebnis wir haben werden. Ganz sicher ist aber — da unterstützen wir den Finanzminister —: Niemand kann eine DM ausgeben, wenn er nur 50 Pf in der Tasche hat. Das ist wahr; alles richtig. Ich bin nur der Meinung, daß wir dann, wenn wir die 50 Pf ausgeben, alles in Erwägung ziehen und alles im Auge behalten müssen, was für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft von Bedeutung ist. Mehr will ich nicht. Es muß alles im Zusammenhang gesehen werden!

Wir müssen die geistige und moralische Kraft des Menschen herausfordern, aber auch daran glauben, mit großen Herausforderungen fertig zu werden. Die großen Herausforderungen, die wir auch in diesem Leit Antrag ansprechen — es sind nicht alle, aber es sind wichtige — können wir ohne einen — ich will es jetzt einmal etwas akademisch so nennen — anthropologischen Optimismus nicht

gestalten. Dieser anthropologische Optimismus setzt allerdings ein Menschenbild voraus, in dem der Mensch seine Würde nicht von der Gesellschaft und nicht von anderen Menschen, sondern von Gott bezieht, und aus dem resultiert, daß nicht alles, was dem Menschen möglich ist, ihm auch gemäß ist.

Die Gen-Spaltung ist die weitreichendste und folgenschwerste Fähigkeit geworden, die der Mensch seit der Spaltung des

„Wir brauchen Antworten auf Fragen, die über das Materielle hinausgehen; z. B. auf die Frage, ob wir die Kraft und das Geld haben, die Nordsee wieder gesund zu machen.“

Atoms erlernt hat. Glaubt denn jemand — um nur diese beiden Beispiele zu nennen —, daß die Beherrschung dieser Fähigkeiten gewährleistet werden kann ohne einen Kompaß der Werte, ohne ein der Politik zugrunde liegendes Menschenbild?

Unser Kompaß ist das christliche Menschenbild. Aber ich habe es vorhin schon angedeutet — mit der Frage müssen wir uns auseinandersetzen —: Wir sind eine Partei, die Wahlen gewinnen will. Folgen uns denn die Bürger auf diesem Weg?

Wenn in manchen großen Städten wie zum Beispiel in Hamburg sich die Christen beider Konfessionen zahlenmäßig bereits in der Minderheit befinden, sind dann das „C“ in unserem Namen und das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik noch mehrheitsfähig, ist das „C“ Abschreckung oder Anziehung? Und wenn heute 80 Prozent der Bevölkerung nur noch eine lockere oder gar keine Bindung an die Kirche mehr haben, nützt dann das „C“ oder schadet es uns? Muß

man da nicht berücksichtigen, was Richard von Weizsäcker einmal gesagt hat: dieser Parteiname biete „keine höheren Wahlchancen, sondern allenfalls Angriffsflächen“?

Was ist das „C“ in unserem Namen? Es ist in dieser sehr weitgehend säkularisierten Welt das, was es von Anfang an war: Provokation, Ärgernis; es ist unbequem, Herausforderung, Stein des Anstoßes. Aber es ist — so wie schon immer — eben gleichzeitig auch Signal in einer Zeit des Wertewandels, Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, Maßstab in einer Zeit grenzenloser Freiheit, menschliches Gegengewicht zu einer entfesselten Technik und Wissenschaft.

Deswegen haben Erhard Eppler und die Sozialdemokraten unrecht, wenn sie in ihrem Entwurf zum Irseer Grundsatzprogrammwurf sagen, eine Partei könne und dürfe kein verbindliches Menschenbild haben; dies sei Privatsache. Privatsache? Humanes Sterben ohne verbindliches Menschenbild? Schutz des ungebornen Kindes ohne verbindliches Menschenbild? Soziale und personale Menschenrechte ohne verbindliches Menschenbild? Ja sogar Marktwirtschaft ohne verbindliches Menschenbild?

Liebe Parteifreunde, wer ein verbindliches Menschenbild zur Privatsache erklärt und es als Voraussetzung für die Politik ablehnt, nimmt jeder Gesellschaft und jedem Staat die Orientierung an der Würde des Menschen und seinen Rechten.

Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit.

Eine wahrhaft freiheitliche Gesellschaft braucht eine Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne allerdings den Menschen zu unterwerfen. Und diese Idee ist für die Christlich Demokratische

Union das christliche Menschenbild, das heißt die Idee der Würde des Menschen als der von Gott geschaffenen Person.

Deswegen bleibt der Kern unseres Programms richtig, unabhängig davon, ob es in Hamburg 45 oder 75 % Christen gibt, und unabhängig davon, wie viele Leute sonntags in die Kirche gehen. Die Ergebnisse einer solchen Politik sind für Wählerinnen und Wähler erlebbar und nachvollziehbar, unabhängig davon, ob sie die religiöse Begründung teilen oder nicht. Dies ist die Perspektive für das Gewinnen von Mehrheiten.

Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wendet sich aber auch gegen die selbstherrliche Auffassung, durch Politik könne man jedes Problem lösen, jede Gefahr abwenden, ja das Paradies auf Erden herstellen. Daß wir daran nicht glauben, das unterscheidet uns vor allem auch von anderen Parteien.

Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. „Wer den Himmel auf Erden sucht, hat in der Schule in der Erdkunde gefehlt.“

— Das stammt nicht von mir; es ist trotzdem gut.

Das sagt der polnische Schriftsteller Stanislaw Lec: „Wer den Himmel auf Erden sucht, hat in der Schule in Erdkunde gefehlt.“ Ich füge hinzu: auch im Religionsunterricht.

Durch die SPD-Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen besteht allerdings die Gefahr, daß diese Irrtümer sich weit verbreiten.

Die Sozialdemokraten lassen in Nordrhein-Westfalen inzwischen wöchentlich 28 000 Stunden Religionsunterricht ausfallen und organisieren über die Stundentafel eine möglichst geringe Teilnahme am Religionsunterricht. Also, wer wie Johannes Rau ständig Bibelzitate im Munde führt und gleichzeitig den Reli-

gionsunterricht in seinem Land ausfallen läßt, wie glaubwürdig ist der Mann eigentlich auf Kirchentagen?

Genauso unglaubwürdig sind die Sozialdemokraten, wenn es darum geht, das ungeborene Kind besser zu schützen als bisher. Wir fordern Johannes Rau und die Sozialdemokraten auf, statt frommer Sprüche endlich — so wie in den CDU/CSU-regierten Ländern — eine Landesstiftung Mutter und Kind einzurichten.

Für Christen ist der Schutz des ungeborenen Kindes ein brennendes Problem. Ich möchte hier unserem Freund Bernhard Vogel einmal dafür danken, daß er sich in ganz besonderer Weise für uns um diese Frage gekümmert hat. Er hat die Last der Auseinandersetzung, die uns alle tief beschäftigt, in besonderer Weise getragen. Dies möchte ich hier einmal sagen.

Ein brennendes Problem ist die hohe Zahl der Abtreibungen. Das ist eine schwere Belastung des Gewissens. Zu

„Wer an der Front gegen die Arbeitslosigkeit etwas gewinnen will, muß nicht die großen, sondern unsere mittelständischen Betriebe unterstützen.“

Recht stellen die Menschen Forderungen an uns, wir selber stellen Forderungen an uns. Die Menschen stellen diese Forderungen in erster Linie, weil sie besondere Erwartungen an eine Partei richten, die sich zum christlichen Menschenbild bekennt.

Nur, was ist die entscheidende Frage in der Politik? Die entscheidende Frage lautet doch: Was können wir tun, damit das ungeborene Kind besser als bisher geschützt werden kann? Da vertreten manche die Auffassung, daß nur durch

eine Änderung der geltenden Gesetze ein besserer Schutz der Ungeborenen erreicht werden kann. Andere sind der Auffassung — und diese Haltung vertritt der Bundesvorstand der CDU, daß eine Verschärfung und eine Veränderung der geltenden Gesetze das ungeborene Kind nicht schützt.

Die ursprüngliche Fassung des § 218 war die schärfste strafrechtliche Form, die wir kennen. Hat es damals weniger Abtreibungen gegeben als heute? Aber lassen wir diese Frage dahingestellt, denn es handelt sich nicht um ein Problem der Quantität. Wir sind davon überzeugt, daß eine Verschärfung des § 218 das ungeborene Kind nicht schützt. Wir sind statt dessen der Meinung, daß nur durch eine Änderung des Bewußtseins und durch eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen für die Frauen und für die Familien mit Kindern sowie durch eine Verbesserung der Beratung und der Hilfsangebote eine wirksame Verringerung der Abtreibungszahlen und damit ein besserer Schutz der ungeborenen Kinder erreicht werden kann.

Der Wissenschaftler Ernst Haeckel hatte 1866 in seinem sogenannten „Biogenetischen Grundgesetz“ die Vorstellung vertreten, der Mensch wiederhole im Laufe seiner individuellen Entwicklung in diesen neun Monaten in verkürzter Form die aufeinanderfolgenden Stadien der Evolution. Diese Meinung ist längst widerlegt. Heute wissen wir, naturwissenschaftlich erwiesen, daß wir es mit menschlichem Leben von Anfang an zu tun haben.

Deswegen stellt auch das geltende Recht den Abbruch einer Schwangerschaft unter Strafe. Was wir mißbilligen, sind der Mißbrauch und die Umgehung des geltenden Rechts. Das geltende Recht billigt nicht die Abtreibung. Aber der Gesetzgeber respektiert, daß es Situationen der Ausweglosigkeit gibt, die die

Frau subjektiv nicht mehr bewältigen kann und in denen daher der Abbruch einer Schwangerschaft nicht bestraft werden soll. Das sagt auch das Bundesverfassungsgericht.

Ich warne davor, in dieser ernstesten Diskussion die soziale Verpflichtung, sich solchen Frauen und Familien helfend zuzuwenden, gering zu achten. Daß es durch den von uns eingeführten Erziehungsurlaub für 4,2 Millionen berufstätige Frauen — zum erstenmal in der Geschichte des Arbeitsrechts — möglich wurde, daß Frauen ihren Wunsch nach einem Kind und die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes vereinbaren können, daß diesen Frauen nicht mehr gekündigt werden kann, das ist nach meiner festen Überzeugung ein wesentlich wirksamerer Schutz des ungeborenen Kindes als eine Verschärfung des Strafrechts.

Glauben Sie mir, daß ich nach dem, was gestern auf Plakaten an die Adresse der Christlich Demokratischen Union an Inhalten ausgesagt worden ist, persönlich etwas betroffen bin. Ich war immerhin als der Vorgänger von Frau Süßmuth drei Jahre lang Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, d. h. der zuständige Bundesminister und war vorher zehn Jahre Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Wir kennen die ganze Geschichte der Auseinandersetzung auch mit den anderen Parteien. Es hat in den Jahren zuvor diese Auseinandersetzungen in dieser Form nicht gegeben. Die Betroffenheit rührt daher — ich behaupte das, und es entspricht der Wahrheit —, daß noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland soviel zum Schutz des ungeborenen Kindes getan wurde wie seit 1982 unter diesem Bundeskanzler und unter der Führung der Christlich Demokratischen Union.

Die Bundesstiftung Mutter und Kind, die inzwischen von über 130 000 Müttern in

Anspruch genommen wurde, Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie — beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag 1975, damals von einigen noch als sozialdemokratisches und kommunistisches Gedankengut und was weiß ich alles abgetan —, Erhöhung der Kinderfreibeträge und Kindergeldzu-

„Wir haben immer dann Zustimmung gefunden, wenn wir unseren Grundsätzen treu geblieben sind und gleichzeitig offen für die Zukunft waren. Wer sich der Zukunft verschließt, wird reaktionär und meldet sich aus der Geschichte ab.“

schlag und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung — eine Revolution in der Rentengeschichte —, Herabsetzung der Wartezeit von 15 auf 5 Jahre und Anerkennung eines Erziehungsjahres für jedes Kind — wenn eine Mutter drei Kinder hat, dann braucht sie noch zwei Versicherungsjahre, dann hat sie eine eigenständige, vom Mann unabhängige Rente —, das alles und vieles andere mehr hat eine Änderung der Lebensbedingungen der Frauen und der Familien herbeigeführt und ist nicht von der SPD, sondern von uns, den Christlichen Demokraten, durchgesetzt worden.

Helfen statt Strafen, haben wir gesagt, ist die eigentliche Aufgabe eines Christlichen Demokraten. Achten wir diese Verpflichtung. Wenn eine schwangere Frau an Röteln erkrankt, muß sie mit einiger Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß sie ein behindertes Kind zur Welt bringt. Nur wenige können erlassen — ich glaube, wir sollten es uns alle miteinander nicht wünschen —, in welche Kon-

fliktsituation diese Frau und dieser Mann persönlich kommen können. Wir können ja nicht nachvollziehen, wie es subjektiv im Innern dieser Menschen aussieht. Wenn eine Frau in einer solchen Konfliktsituation die Schwangerschaft abbricht, dann können wir das als objektiv rechtswidrig verurteilen. Aber die für uns relevante Frage lautet doch, wenn wir es hinsichtlich des Strafrechts auf den Punkt bringen: Sollen wir sie deswegen ins Gefängnis bringen?

Ist nicht umgekehrt etwas anderes viel wichtiger? Werden sich diese Eltern nicht für dieses Kind entscheiden, auch wenn sie befürchten müssen, daß es behindert ist, wenn sie wissen, daß dieses Kind in eine Gesellschaft, in eine Welt hineingeboren wird, die behindertenfreundlich ist, wo dieses behinderte Kind Ausbildungschancen erhält, wo es einen Arbeitsplatz erhält; vor allem, wenn diese Eltern wissen, daß dieses Kind eines Tages, wenn es groß ist, wenn es erwachsen geworden ist und die Eltern vielleicht nicht mehr da sind, trotzdem betreut wird, daß für dieses Kind gesorgt wird?

Das heißt, eine behindertenfreundliche Politik, die diesen Namen wirklich verdient, ist genauso wie kinderfreundliche Politik eine Politik für ungeborene Kinder.

Streiten wir uns auf diesem Parteitag nicht um positiv rechtliche Regelungen, deren Wirkungen ungewiß sind, sondern sorgen wir gemeinsam dafür, daß von diesem Parteitag ein Signal ausgeht, damit sich das Bewußtsein aller Menschen zugunsten des ungeborenen Kindes entscheidend verändert.

Die Bundesregierung hat für die Information über die Krankheit AIDS zu Recht viele Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Ich begrüße diese Entscheidung ebenso uneingeschränkt wie die gesundheitspolitische Linie der Ministerin in

diesem Zusammenhang. Das will ich hier einmal sagen.

Aber ich unterstütze sie auch in der anderen Frage, und ich leite diesen Appell an den Bundeskanzler und den Bundesfinanzminister weiter: Wenn wir schon Millionen Mark für die Information über AIDS ausgeben — ich wiederhole: das ist richtig —, dann dürften wir mindestens ebenso viele Millionen Mark für die Aufklärung über das ungeborene Kind nicht zuviel sein.

Zum zweiten Teil des Leitantrages kann natürlich die Frage gestellt werden, was denn nun eigentlich Wettbewerb und Industriestandort Bundesrepublik Deutschland, Tarifautonomie, Jobsharing und Megachips mit dem christlichen Menschenbild zu tun haben. Für die Väter der sozialen Marktwirtschaft war das kein Diskussionspunkt, und dementsprechend nennt das Grundsatzprogramm als geistiges Fundament der sozialen Marktwirtschaft die zum Menschenbild des Christen gehörende Idee der verantworteten Freiheit.

„Was ist das ‚C‘ in unserem Namen? Es ist in dieser sehr weitgehend säkularisierten Welt das, was es von Anfang an war: Provokation, Ärger; es ist unbequem, Herausforderung, Stein des Anstoßes. Aber es ist — so wie schon immer — eben gleichzeitig auch Signal in einer Zeit des Wertewandels, Hoffnung in einer angsterfüllten Zeit, Maßstab in einer Zeit grenzenloser Freiheit, menschliches Gegengewicht zu einer entfesselten Technik und Wissenschaft.“

Aber vielleicht gibt es noch einen anderen Aspekt. Nach 40 Jahren Aufbau in der Bundesrepublik Deutschland drohen sich heute Strukturen von Privilegien, Besitzständen und Subventionen zu verfestigen, die zum Teil ihre innere Legitimation verloren haben und die die Zukunftsfähigkeit der freiheitlichen Gesellschaft in Frage stellen können.

Schon vor 2000 Jahren, ebenfalls in einer Zeit des Umbruchs, hat Johannes der Täufer etwas gefordert. Er sagte: „metanoie.“ Luther hat dies übersetzt mit: „Tuet Buße, kehret um.“ Die Griechischkundigen können mir bestätigen, daß dies richtig übersetzt heißt: „Denket um.“ Umdenken scheint mir das richtige Thema zu sein, wenn wir über die Zukunft reden.

Warum ist denn die Standortfrage in der Bundesrepublik zu einem Thema geworden? Doch nicht deswegen, weil unsere Wirtschaft schlechter geworden ist, sondern weil wir drauf und dran sind, es uns im Status quo der Besitzstände und Subventionen bequem zu machen, während die anderen Länder besser werden.

Wenn es richtig ist, daß im Sinne der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit das Anwachsen der Arbeitskosten abgebrems werden muß, dann begreife ich nicht, daß Arbeitgeberverbände gleichzeitig die Gesundheitsreform, die den Anstieg der Lohnnebenkosten stoppen soll, bekämpfen; das begreife ich nicht.

Wenn es richtig ist, daß von der Höhe der Arbeitskosten gleichzeitig die Fähigkeit für Investitionen abhängt, dann begreife ich nicht, daß ausgerechnet in Krisenbranchen die höchsten Löhne in den Tarifverhandlungen vereinbart werden.

Wenn es richtig ist, daß wir zuviel Staat und Reglementierung haben und mehr Flexibilität für die Zukunft brauchen, dann ist es nicht zu verstehen, warum die betroffenen Unternehmer zusammen mit

der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eine Änderung des Ladenschlußgesetzes bekämpfen.

Wenn es richtig ist — wir können das alles weitermachen; das hat etwas mit dem christlichen Menschenbild in der Wirtschaftspolitik zu tun —, daß die Kapitalkraft der Unternehmen für mehr Investitionen genutzt werden soll, dann halte ich es für unverantwortlich, daß viele ihr Geld lieber auf der Bank, vor allem im Ausland, anlegen, statt in neue Produkte zu investieren.

Wer die ganze Gewerkschaftsstrategie — dies ist an die andere Adresse des Tarifpartners gerichtet — seit Jahren auf die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich konzentriert, der soll aufhören, zu behaupten, er wolle in erster Linie die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Was war denn eigentlich neu und so bemerkenswert an den Vorschlägen von Oskar Lafontaine? Neu war in der Sache gar nichts. Neu war, daß endlich einer aus dem linken Lager zwei Wahrheiten aus den Stuttgarter Leitsätzen der CDU bekanntgegeben hat, nämlich, daß Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich nicht möglich sind und wirtschaftlichen Unsinn darstellen — Helmut Kohl hat einmal von „dumm und töricht“ gesprochen — und daß die Gewerkschaften — das hat viel weher getan — eine Mitverantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben.

Manche Kommentatoren haben der Christlich-Demokratischen Union unterstellt, wir hätten eine hämische Freude über das gehabt, was Oskar Lafontaine gesagt hat. Wir haben keine hämische Freude gehabt, sondern eine zutiefst biblische Freude, indem wir uns — der Bibel entsprechend — über einen reuigen Sünder mehr gefreut haben als über 999 Gerechte in der Bundesrepublik Deutsch-

land; wir haben eine biblische Freude empfunden.

Aber die Freude war kurz.

DGB- und SPD-Führung haben diese Seifenblase — das war ein richtiger Flop — zum Platzen gebracht. Was blieb denn eigentlich von dem Lafontaine-Vorschlag am Ende übrig? Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnaus-

„Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit.“

gleich für alle diejenigen, die mehr als 5000 DM verdienen, die aber bekanntlich gar nicht Gegenstand von Tarifverhandlungen sind. Bei der Sache ist Null herausgekommen; es wird Null gespart; es gibt Null Arbeitsplätze; Null plus Null gibt Null:

Oskar Lafontaine — der Adam Riese der Null-Summe.

Interessant ist ja:

Vogel und Steinkühler haben ihn auf Null gebracht. Oskar Lafontaine und die SPD befinden sich jetzt wieder — steingekühlt — in der Beugehaft der IG Metall.

Das ist die Situation. Wenn etwas klar ist, dann dieses: Die SPD ist keine selbstbestimmte, sondern eine von der Führung der IG Metall fremdbestimmte Partei.

So wie es unsere Väter und Mütter nach dem Zusammenbruch vor über 40 Jahre getan haben, so müssen wir im Gegensatz zu diesen Leuten auch heute mit neuen Ideen die Dynamik und die Leistungskraft einer freiheitlichen und Sozialen Marktwirtschaft mobilisieren, technische

und soziale Innovationen freisetzen und so dafür sorgen, daß wir im internationalen Wettbewerb Spitze bleiben.

Nur so und nicht durch Technikfeindlichkeit können wir neue Arbeitsplätze schaffen, die die Renten auch in der Zukunft sichern, den Umweltschutz finanzieren und unserer sozialen Verantwortung gegenüber den Ländern in der Dritten Welt gerecht werden. Aussteigen, Verweigern und Technikfeindlichkeit, das sind die großen Irrtümer der Sozialdemokraten, der GRÜNEN und von Teilen des DGB.

Die Technologieblockadepolitik der Sozialdemokraten — so unsinnig sie ist, so hat sie doch Methode. Die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens — Christian Schwarz-Schilling setzt sie durch —, die lebenswichtig für unseren Wettbewerb ist: SPD: nein. Neue Medien: SPD: nein. Weltraumforschung: SPD: nein. Investitionen in den Hermes-Raumgleiter: SPD: nein. Deutsche Beteiligung an der Weltraumfähre Columbus: SPD: nein.

Karl Kaiser, Professor und SPD-Mitglied, meinte dazu lakonisch — ich zitiere —: „Die SPD hat eine grundlegende Aversion gegen Hochtechnologien.“

Wenn der alte Kaiser Wilhelm noch lebte, wäre er heute der technologiepolitische Sprecher der Sozialdemokratischen Partei.

Ich kann es auch begründen. Er hat nämlich, als das Automobil erfunden wurde, gesagt: „In fünf Jahren wird keiner mehr vom Auto reden, ich setze aufs Pferd.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat im Zusammenhang mit dem Leitantrag in den letzten Wochen auch eine Diskussion über die Arbeitslosenstatistik gegeben, die am Anfang jeden Monats von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlicht wird. Ich will hier ein klares Wort sagen: Es ist unbestritten: Die

Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden und nicht die Statistik. Dies ist ganz klar. Es geht aber um die bessere Auswertung und um eine bessere Darstellung. Wenn aus der differenzierten Statistik der Bundesanstalt für Arbeit — sie ist differenziert — die Pauschalzahl von 2,1 Millionen Arbeitslosen fast ausschließlich in den Vordergrund gestellt wird, dann wird, und zwar im Ergebnis zum Nachteil der Betroffenen, ein absolut falscher Eindruck vermittelt, und es werden, was noch schlimmer ist, daraus die falschen politischen Konsequenzen beim politischen Gegner gezogen.

Bei diesen 2,1 Millionen in der Statistik erfaßten Arbeitslosen handelt es sich ja nicht, wie fast alle glauben, nur um Familienväter mit Kindern, die vor einem Monat oder zwei Monaten ihren Arbeitsplatz bei Thyssen oder bei der Vulkanwerft in Bremen verloren haben, sondern hinter dieser Globalzahl verbergen sich ganz unterschiedliche Lebenslagen und soziale Situationen.

Hinter dieser Zahl verbergen sich qualifizierte und unqualifizierte, Teilzeitarbeits-

„Niemand darf die Arbeitslosigkeit verharmlosen. Aber wer den Arbeitslosen wirklich helfen will, der darf auf komplexe Situationen des Arbeitsmarktes nicht mit dem Holzhammer antworten, sondern muß sich schon bemühen, differenzierte Angebote zu entwickeln.“

lose, Leute, die gar keine Arbeit suchen, sondern soziale Ansprüche wahren wollen, aber auch Langzeitarbeitslose und Frauen und Männer, die sich bei einem Halbtagsjob ein Zubrot verdienen wollen,

während der Ehepartner einen Vollzeitarbeitsplatz hat.

Wer trägt eigentlich — das war neben der Frage nach den richtigen Konzepten, die wir aus einer richtigen Analyse entwickeln müssen, die Frage, die uns auch bekümmert hat — die politische Last die-

„Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde soviel zum Schutz des ungeborenen Kindes getan wie seit 1982 unter diesem Bundeskanzler und unter Führung der Christlich Demokratischen Union.“

ser Pauschalierung, dieser informativen Fehlsteuerung? Niemand anders als die Bundesregierung! Das Ergebnis besteht darin, die Bundesregierung und den Arbeitsminister auf die Anklagebank zu setzen, die Verantwortung der Tarifpartner zu verdrängen, falsche Beschäftigungs- und Konjunkturprogramme zu fordern und zu vernebeln, daß in Wirklichkeit in den letzten vier Jahren 750 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Niemand darf die Arbeitslosigkeit ver-harmlosen. Aber wer den Arbeitslosen wirklich helfen will, der darf auf komplexe Situationen des Arbeitsmarktes nicht mit dem Holzhammer antworten, sondern muß sich schon bemühen, differenzierte Angebote zu entwickeln, nämlich durch die Anwendung des Beschäftigungsförderungsgesetzes einen besseren Teilzeitarbeitsmarkt zu schaffen, die Qualifizierungsprogramme der Bundesregierung fortzusetzen, die Schwarzarbeit zu bekämpfen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, ohnehin geplante wirtschaftliche Investitionen

nach Möglichkeit vorzuziehen und den Langzeitarbeitslosen, vor allem den älteren, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes langfristig zu sichern, mit einem Wort: die Politik von Norbert Blüm und der Bundesregierung fortzusetzen und ein klares Nein zu den falschen Alternativen des DGB und der Sozialdemokratischen Partei zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, in einem anderen wichtigen Kapitel des Leitantes nehmen wir zu etwas Stellung, was Professor Trutz Rendtorff, Vorsitzender der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, in einem bemerkenswerten Artikel über unseren Parteitag und über unseren Anspruch hinsichtlich des „C“ gesagt hat. Er sagte, daß das „C“ in unserem Namen vor allem durch das sozialpolitische Engagement der Partei geprägt ist. Wir werden darüber reden, wie wir dieser Herausforderung in einer neuen Zeit angesichts der Zahl der älteren Menschen, angesichts der steigenden Lebenserwartung, angesichts der größer werdenden Ansprüche an das Gesundheitswesen usw. gerecht werden können. Die Kosten

„Wer wie Johannes Rau ständig Bibelzitate im Munde führt und gleichzeitig den Religionsunterricht in seinem Land ausfallen läßt, wie glaubwürdig ist der Mann eigentlich auf Kirchentagen?“

dieser ungelösten Probleme, auch der ökologischen Probleme, wachsen. Wer versucht, diese gewaltigen gesellschaftspolitischen Aufgaben allein mit den herkömmlichen Instrumentarien und Strukturen lösen zu wollen, der muß scheitern. Das heißt, nach der Periode des Ausbaus

des Sozialstaates, gekennzeichnet durch leistungsbezogene Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Mitbestimmung, nach diesem Ausbau muß ein Umbau des Sozialstaates erfolgen, der die Strukturelemente der bisherigen Sozialpolitik bewahrt, aber neue Elemente und ehrenamtliches Engagement in den sozialpolitischen Aufgabenkatalog verstärkt einbezieht und die Mittel auf diejenigen konzentriert, die der Hilfe wirklich bedürfen. Das ist die neue soziale Frage, von uns im Grundsatzprogramm beschlossen!

Dieser Umbau wird auch den Mut von uns fordern, Prioritäten zu setzen und überholte Besitzstände in Frage zu stellen. Gruppen und Verbände schulden eine Begründung, ob ihre Ziele weiterhin die frühere soziale Berechtigung besitzen; sonst bleiben die Notstände anderer und neue soziale Probleme ungelöst, und wir haben trotz ständig steigender Sozialausgaben nicht ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, sondern eher ein Minus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier brauchen wir eine Umbesinnung. Zu Recht stellen manche die Frage, ob es richtig ist, daß ein Arbeitnehmer neben seinem durchschnittlich sechswöchigen Urlaub pro Jahr alle zwei oder drei Jahre zusätzlich Anspruch auf eine vierwöchige Kur hat, die voll von der Kasse finanziert wird — was ich gar nicht bestreiten will —, während Frauen, die in der Familie arbeiten, oft — und das ist es, was ich kritisiere — überhaupt keinen Urlaub machen können.

Und ist es denn richtig — ich sage: es ist nicht richtig; da hat doch Norbert Blüm völlig recht —, daß bisher jeder einen Anspruch hat, unabhängig — so muß man fast sagen — von der medizinischen Notwendigkeit und von seinen finanziellen Möglichkeiten, Taxikosten für die Fahrt zum Arzt oder ins Krankenhaus von der

Solidargemeinschaft bezahlen zu lassen, wenn gleichzeitig Pflegebedürftige, die zu Hause versorgt werden, von der Solidargemeinschaft keinen Pfennig bekommen? Das kann nicht in Ordnung sein!

Ich will Ihnen noch etwas sagen: In der Bundesrepublik Deutschland mit 60 Millionen Einwohnern werden jährlich 14 t Zahngold, in den USA mit 240 Millionen

„Wenn der alte Kaiser Wilhelm noch lebte, wäre er heute der technologisch-politische Sprecher der Sozialdemokratischen Partei. Ich kann es auch begründen. Er hat nämlich, als das Automobil erfunden wurde, gesagt: ‚In fünf Jahren wird keiner mehr vom Auto reden, ich setze aufs Pferd.‘“

Einwohnern 11,6 t Zahngold und in Japan mit 120 Millionen Einwohnern 11,1 t Zahngold verbraucht. Stimmen denn da eigentlich noch die Relationen, wenn bei uns das alles von der Kasse mitfinanziert wird, aber für die Versorgung psychisch Kranker zu wenig Geld da ist? Diese Frage müssen wir doch einmal stellen, wenn wir das christliche Menschenbild ernst nehmen!

Deswegen sage ich: Mögen die Verbände dagegen Sturm laufen, daß wir von den 14 Milliarden Einsparungen, die die Gesundheitsreform bringt, 7 Milliarden für die Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen ausgeben — klassische Folge unserer Erkenntnis der neuen sozialen Frage —, mögen Firmen im Gesundheitsbereich noch so viele Anzeigen mit ihren Millionen gegen uns finanzieren, mögen SPD und Gewerkschaften vom Sozialabbau reden, soviel sie wollen: Es wird ihnen nicht gelingen, uns, den

Bundeskanzler und Norbert Blüm daran zu hindern, eine neue, gerechtere soziale Ordnung zu schaffen.

Dies ist in der heutigen Zeit auch die Visitenkarte einer Volkspartei der Mitte. Richard von Weizsäcker, unser Bundespräsident, und der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, Edzard Reuter, haben unabhängig voneinander zu Recht darauf hingewiesen, daß wegen der zunehmenden Zahl von alten Menschen die Betreuungsaufgaben überproportional wachsen und daß bei den Humandienstleistungen große Beschäftigungsreserven vorhanden sind. Wollten wir all diese Aufgaben in der herkömmlichen Form und nach den alten Mustern finanzieren, der Sozialstaat müßte explodieren! Daher können diese wachsenden Probleme nur gelöst werden durch mehr Teilzeitarbeit, aber auch durch mehr Mitverantwortung und sozia-

„Oskar Lafontaine — der Adam Riese der Null-Summe. Interessant ist ja: Vogel und Steinkühler haben ihn auf Null gebracht. Oskar Lafontaine und die SPD befinden sich jetzt wieder — steingekühlt — in der Beugehaft der IG Metall.“

les Engagement der Bürgerinnen und Bürger selber, der Familienangehörigen und der Nachbarn, und durch ehrenamtliche Selbsthilfe.

Aber zu den alten Denkstrukturen gehört es eben auch — darüber werden wir uns ja heute nachmittag unterhalten —, zu glauben, diese freiwillige soziale Arbeit könnte so wie früher um Gotteslohn — das heißt: zum irdischen Nulltarif — geleistet werden. Wenn eine 40jährige Frau, die genau wie ihr Mann ihren Beruf erlernt hat, die eine qualifizierte Ausbil-

dung hat und berufstätig ist, sich dazu entschließt, ihre pflegebedürftige Mutter oder ihren pflegebedürftigen Vater zu Hause zu versorgen, statt sie ins Altersheim oder ins Altenpflegeheim abzugeben, dann gibt sie nicht nur ihren Beruf auf, sondern verliert gleichzeitig auch ihre Anwartschaften für ihre Altersrente. Wenn wir das Engagement dieser Frau für wichtig und für richtig halten — und es ist richtig, außerdem ist es menschlicher, und es ist für die gesamte Gemeinschaft auch kostengünstiger —, dann müssen wir wenigstens auch dafür sorgen, daß ihr die Jahre, in denen sie die eigenen Eltern versorgt und pflegt, für ihre Altersrente nicht verlorengehen, sondern anerkannt werden. Das ist das mindeste, was wir hier an Beitrag leisten können!

Dieser Umbau des Sozialstaates, dieser mit den Familienleistungen und den Pflegeleistungen verbundene Begriff der neuen Arbeit — unser Begriff, nicht der Begriff der anderen —, das ist eine zukunftsweisende Leitlinie für die 90er Jahre. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns hiermit in der Nachfolge unserer bisherigen großen Entscheidungen. Wir haben mit der neuen sozialen Frage auf dem Mannheimer Parteitag 1975, mit dem Grundsatztprogramm und mit unserem Zukunftsmanifest die Leitlinien für die Arbeit der kommenden Jahre festgelegt, und dies müssen wir auch mit den Beschlüssen des heutigen Tages tun. Wir müssen die gesellschaftspolitischen Weichen für die 90er Jahre für unsere Regierungsverantwortung stellen!

Wenn wir in diesem Sinne grundsatztreu und zukunfts offen heute auf diesem Parteitag unsere Aufgabe erfüllen, dann werden wir 1990 auch die Wahl gewinnen. **(Lang anhaltender lebhafter Beifall — die Delegierten erheben sich)**

Roswitha Verhülsdonk:

Der beste Lebensschutz ist eine gute Familienpolitik

Liebe Parteifreunde! Ich bin ganz sicher, hier ist niemand im Saal, den die hohe Zahl der Abtreibungen nicht im Gewissen bedrückt, aber ich denke, wir sind uns auch darüber im klaren, daß es sich hier um ein sehr schwieriges, komplexes Problem handelt, das mit den Mitteln der Gesetzgebung und der Politik allein nicht zu lösen ist. Auch zu Zeiten, als es in unserem Lande ein sehr viel strengeres Strafrecht gab, war die Zahl der illegalen Abtreibungen hoch. Heiner Geißler hat eben daran erinnert. Viele haben das offensichtlich vergessen.

In den letzten zehn Jahren haben wir viele neue Erkenntnisse gewinnen müssen über das, was sich da abspielt. Je mehr man sich mit den Gründen, die zu Abtreibungen führen, beschäftigt, um so mehr erkennt man, daß wir vielfältige Wege gehen müssen, wenn wir Erfolg haben wollen. Dazu gehört sicher auch, daß wir das Thema nicht isoliert, sondern ganzheitlich betrachten, so wie wir es hier mit dem Kapitel I getan haben, die Bedrohung am Anfang und am Ende des Lebens generell ins Auge zu fassen.

Rund um diesen Parteitag sind uns die gesellschaftlichen Gegensätze in dieser Frage wieder deutlich vor Augen geführt worden. Da demonstrieren autonome und politische Frauengruppen aus dem linken Spektrum gegen das Beratungsgesetz und fordern das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Da appellieren christliche Gruppen an uns, für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens zu sorgen. Es gibt auch im Denken und im Füh-

len der Menschen heute Widersprüche, die wir sorgfältig analysieren müssen. Einerseits haben die Fortschritte der Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnologie in breiten Bevölkerungsschichten zu einer größeren Sensibilisierung hinsichtlich der Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens geführt, andererseits macht die Bewußtseinsbildung zugunsten des ungeborenen Kindes nur langsame Fortschritte — mir scheint am ehesten bei der jungen Generation, und das ist hoffnungsvoll. Der Widerspruch ist am deutlichsten bei den Grünen festzustellen. Sie propagieren den totalen Embryonenschutz im Reagenzglas und fordern die Streichung des § 218 aus dem Strafrecht.

Diese Widersprüche zeigen uns, wie groß die Verunsicherung der Menschen im Wertebereich ist. Am deutlichsten wird das, wenn ein konkreter Konflikt zwischen ethisch-moralischen normativen Vorgaben und Entscheidungen besteht, die die eigene Lebensführung betreffen. Wir Menschen tun uns immer leichter mit absoluten Forderungen, wenn sie unser persönliches Leben nicht berühren. Für den Embryo im Reagenzglas einzutreten ist eben einfacher, als ja zu sagen zum ungeborenen Kind, wenn eine ungewollte Schwangerschaft besteht und sich die betroffene Frau die Folgen der Geburt eines Kindes im Positiven wie im Belastenden sehr konkret vorstellen kann.

Es bringt uns nicht weiter, wenn wir über den bestmöglichen Schutz des ungeborenen Kindes nur prinzipiell, grundsätzlich und juristisch diskutieren, aber die Menschen,

ihr Bewußtsein, ihre Einstellungen und vor allem ihre konkreten Probleme nicht berücksichtigen. Wenn wir beide Sichtweisen miteinander verbinden, kann unsere Debatte für die Menschen draußen Orientierungshilfe sein.

Vor welcher Situation stehen wir? Zwölf Jahre nach dem Inkrafttreten des jetzt geltenden § 218 haben wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Situation, die von weitverbreiteter Unkenntnis über das geltende Strafrecht bis zur gezielten Verfälschung dieses Rechts reicht. Nicht wenige leisten einer mißbräuchlichen Anwendung des Strafrechts sogar bewußt jeden Vorschub — in der öffentlichen Meinung, auch in manchen Beratungsstellen und auch bei der Indikationsstellung. Mangelnde Akzeptanz und mißbräuchliche Anwendung des § 218 sind für mich eine ganz wesentliche Ursache für die viel zu hohen Abtreibungszahlen.

In interessierten Fachkreisen, unter Juristen, in christlichen Zirkeln wird seit Jahren über die geltende Rechtslage diskutiert. Mit Leidenschaft wird darüber gestritten, ob es sich bei den vier Indikationen um Strafausschließungs- oder um Rechtfertigungsgründe handelt. Das sind wichtige Fragen, aber sie erreichen die Menschen nicht.

Wie wenig die Menschen in unserem Lande das geltende Recht überhaupt kennen, konnten wir in den letzten Wochen doch sehr deutlich an der Diskussion um das Beratungsgesetz erkennen. Da wird in den Medien so getan — zum Teil geben sich auch sogenannte Fachleute dafür her —, als hätten wir heute eine Fristenlösung, als sei der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich legal und legitim, als gäbe es einen individuellen Rechtsanspruch für die betroffene Frau. Wenn es aber in vielen Fällen am Unrechtsbewußtsein fehlt, dann müssen wir eben an diesem Punkt ansetzen.

Die Diskussion über das Beratungsgesetz gibt uns vielfältige Gelegenheit, das gute und sehr wichtige Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975 zum Lebensrecht des ungeborenen Kindes und zur Aufgabe der Beratung unter die Menschen zu bringen. Ich wäre froh, wenn sich daran auch Männer beteiligen würden und es nicht nur uns wenigen Frauen in der Union überlassen würde, diese Abwehrschlacht zu schlagen und diese Argumente draußen vorzutragen.

Wenn gleichzeitig, wie es im Leitantrag gefordert wird, eine breit angelegte öffentliche Überzeugungsarbeit zum Schutz des ungeborenen Kindes von uns allen — ich beziehe dabei auch wieder die Männer ein — geleistet wird, dann — dessen bin ich sicher — werden wir die Menschen erreichen. Unsere Familienministerin Frau Professor Süßmuth hat uns mit der ersten Anzeigenserie ja gezeigt, wie schön und wie positiv die Freude am Kind dargestellt werden kann. Daß sie mit den Vätern angefangen hat, ist goldrichtig.

Wenn der Vater zu dem ungeborenen Kind steht, erwägen Frauen in aller Regel keinen Schwangerschaftsabbruch. Dies berichten einmütig alle Beratungsstellen.

Die Forderung nach einer Verschärfung des Strafrechts oder nach einer Präzisierung der Notlagenindikation löst nicht nur, wo immer sie erhoben wird, schlimme polemische Diskussionen aus. Diese Forderung trägt nicht nur dazu bei, daß wir weiterhin Probleme mit der Akzeptanz des geltenden Rechts behalten werden. Am Ende der Diskussion wird die Gesellschaft in dieser Frage noch weiter auseinander sein, und das hilft sicher nicht weiter.

Ich habe mir persönlich oft die Frage gestellt: Was wäre denn, wenn die Notlagenindikation im Gesetz gestrichen würde und danach dann festgestellt wer-

den müßte, daß die Zahl der Abtreibungen trotzdem nicht sinkt? Was würde ein strengeres Strafrecht nützen, wenn keine Akzeptanz dafür zu erreichen ist? Wir wissen ja, daß der Staat in diesem Intimbereich nur sehr wenige Möglichkeiten der Kontrolle hat.

Dagegen bietet die heute schon verpflichtend vorgeschriebene Beratung die Chance, der einzelnen Frau in ihrem persönlichen Konflikt Perspektiven für ein Leben mit ihrem Kind zu eröffnen. Hier erreichen wir ja im Einzelfall die Frau in der Entscheidungsphase. Wir wissen, daß viele Frauen unter erheblichem Druck stehen — alleingelassen vom Partner, auch von den Eltern — und daß sie allein aus dieser Situation keinen Ausweg finden können. Nicht alle Frauen sind ja so eigenständig, emanzipiert und wirtschaftlich unabhängig, wie das die Gegnerinnen des Beratungsgesetzes der Gesellschaft weismachen wollen.

Der Begriff „soziale Indikation“ hat vielen suggeriert, daß es hier vorwiegend um wirtschaftliche Probleme geht. Die Wahrheit ist aber — das lesen wir in allen Berichten der Beratungsstellen —, daß der Konflikt meist ein Komplex von psychischen und materiellen Nöten ist. Häufig sind Beziehungskonflikte involviert. Deshalb ist es gut, wenn bundeseinheitlich genügend qualifizierte Beratung bereitgestellt wird und diese auch über die Geburt des Kindes hinaus beansprucht werden kann.

Das wichtigste aber ist, daß die Beraterin alles tut, um das Leben des Kindes zu erhalten. Erfolg wird sie dann haben, wenn sie der Frau sehr konkrete Hilfe

anbieten kann, auch sehr konkrete menschliche Hilfe.

Hier sind wir alle gefordert. Es ist kein Zufall, daß die Aktion „Kleine Hände“ der Frauen-Union hier präsentiert wird. Wenn viele Menschen, für die dies ein belastendes Problem ist, sich als Helfende erweisen würden, wenn sie bereit wären, Patenschaften zu übernehmen und Frauen jahrelang zu begleiten, statt juristische Diskussionen zu führen, wären wir schon ein großes Stück weiter.

Ich komme zum Schluß. Die Union hat viel getan, um die Lage der Familien und auch die Hilfen in der Schwangerschaftsberatung zu verbessern. Trotz der Stiftung „Mutter und Kind“ und trotz Erziehungsgeldes und anderer sozialer Leistungen fehlt es aber immer noch an vielem. Dies ist das Feld, wo die Union ihre Glaubwürdigkeit im Einsatz für das ungeborene Leben immer wieder beweisen muß. Wir Frauen in der Union werden weiterhin sehr konkrete Vorschläge machen, damit Beratungsstellen mehr Hilfe anbieten können, als es heute vielerorts möglich ist. Der beste Lebensschutz ist gute Familienpolitik, und zwar auf allen Ebenen, nicht nur durch den Bund, sondern auch durch die Länder und Gemeinden. Überall trägt diese Partei ganz wesentliche Verantwortung.

Wenn es uns nicht gelingt, ein kinderfreundliches Klima im Lande zu erzeugen, werden alle unsere Bemühungen ohne Erfolg bleiben. Vom kinderfreundlichen Klima — das müssen wir beklagen — sind wir aber trotz großer Anstrengungen immer noch sehr weit entfernt.

Rita Süssmuth

Helfen statt strafen

Liebe Freunde, angesichts der Beratungen, die uns jetzt zum Leitantrag „Christliches Menschenbild“ gestellt sind, ist unsere erste Frage: Was wollen wir? Wir wollen aus christlicher Überzeugung, aus humanen Überzeugungen heraus gemeinsam — ich denke, hier gibt es keinen Unterschied in den Zielen — einen wirksamen Schutz des menschlichen Lebens, des geborenen wie des ungeborenen Lebens.

Wenn wir in unserem Leitantrag sagen, menschliches Leben ist unverfügbar, dann gilt das von allem Anfang bis hin zum alternden und sterbenden Leben. Ich glaube, daß es hier gerade auf die Klarheit der Zielaussagen ankommt. Ich nehme nicht wahr, daß wir uns in den Zielen unterscheiden. Vielleicht mag es Unterschiede in den Wegen geben. Es gibt auch nicht die Aussage, Hilfe sei ein Ersatz für rechtsstaatlichen Schutz. Wir wollen und wir brauchen — ja, wir sind dazu verpflichtet — klare Rechtsnormen.

Es kann nicht darum gehen, das Recht zu beugen oder zu relativieren. Es geht allerdings wohl darum, wie das im Recht Gefaßte von Menschen angenommen und umgesetzt wird. Dies scheint mir die zentrale Frage zu sein.

Was wir möchten, ist, zum Leben einzuladen, uns helfend und schützend vor das Leben stellen, Menschen feinfühlig zu machen für das, was es heißt, klein und ungeboren, klein und geboren zu sein. Wir möchten vermitteln, daß dies nicht nur die Aufgabe von Müttern, sondern von Müttern und Vätern, leiblicher und sozialer Elternschaft ist.

Mir hat sehr zugesagt, als der Generalsekretär von der christlichen Botschaft und dem Christentum heute als Provokation sprach. Christentum ist nicht bequem. Aber es ist eine Botschaft der Versöhnung und der Erlösung, die wir leben und weitergeben dürfen und sollen. Für mich ist das „dürfen“ genauso wichtig wie das „sollen“.

Jede Politik, wo immer sie steht, ist dem Leben verpflichtet — das scheinen wir manchmal zu vergessen — : dem Leben in seiner Einzigartigkeit und Würde, der Entfaltung des Lebens. Und wir Christen sind den Menschen in Liebe verbunden. Wir wollen zum Wohl der anderen dasein. Und in diesem Sinne gilt: Nicht zu richten, zu lieben sind wir da.

Das möchte ich auch jenen draußen vor der Halle zurufen. Laden wir zum Leben ein! Machen wir den Menschen durch unsere Überzeugung und unsere Hilfe Mut, auch durch das Entspanntsein und Frohsein unserer Gesichter. Denn an unserem eigenen Leben wird abgelesen, wie wir zum Leben stehen.

Der Gott der Christen ist kein Gott der Angst, der Abschreckung und der Strafe. Er ist ein liebender und ein helfender Gott, der auch dies von uns einfordert.

Wir wollen den Schutz des Lebens, die Sicherung durch klare Rechtsnormen. Auch wenn es kein Verfassungsgerichtsurteil gäbe, auch wenn es kein Gesetz gäbe, wären wir aufgefordert und verpflichtet, das Leben zu schützen. Wir tun es doch nicht um der Gesetze willen, sondern um der Menschen willen, um ihrer Werte und Achtung willen.

Wir haben in der Bundesrepublik die Erfahrung machen müssen — oder

machen sie noch —, daß das Strafrecht — wir haben eines der strengsten in bezug auf den Schutz des Lebens — diesen Schutz des ungeborenen Lebens noch nicht gewährleistet. Es kommt entscheidend darauf an, die Menschen selbst zu erreichen, sie zu überzeugen von der unbedingten Schutzbedürftigkeit, von der Kraft, die vom Leben ausgeht, und von der Hilfe, die wir einander bringen können und durch die wir uns wechselseitig bereichern. Bringen wir diese Vorstellung über, daß wir dem Leben auf der Spur sind und es jedem Menschen ermöglichen wollen, Leben auch weiterzugeben.

Heute sind mehr Menschen für diese Botschaft ansprechbar. Aber vergessen wir nicht: Es handelt sich immer wieder um sehr schwerwiegende Konfliktsituationen, Konflikte, die zum einen darin begründet sind, daß wir unsere Werte nicht mehr in der Weise überbringen, wie es ihnen gebührt, zum anderen aber auch darin, daß Menschen einander nicht beistehen, wie es sein sollte; denn in 50 % aller Abbrüche handelt es sich um Abbrüche bei Verheirateten.

Deswegen sage ich wie Frau Verhulsdonk: Männer, seid Väter und Partner und laßt die Frauen nicht allein!

Es ist für Mutter und ungeborenes Kind menschenverächtlich, ihr zu erklären: Wenn du schon nicht verhütet hast, dann Sorge jetzt, daß das schleunigst in Ordnung kommt. Dies stützt nicht Partnerschaften, sondern läßt sie zerbrechen, und fördert auch nicht das Vertrauen in die Mitmenschlichkeit.

Unsere Antwort auf ungeplante oder ungewollte Schwangerschaft kann nicht lauten: Laßt den Abbruch vornehmen! — Das ist in doppelter Weise ein Unrecht, ein Unrecht gegenüber dem ungeborenen Kind und ein Unrecht gegenüber der Frau.

Allzulange haben wir die Spätfolgen von Schwangerschaftsabbrüchen gar nicht

oder nur am Rande thematisiert. Wir wissen heute, wie quälend die nachfolgenden Konflikte für einen ganz erheblichen Teil der Frauen sind. Deswegen haben wir im vorgelegten Referentenentwurf zum Beratungsgesetz, das die Beratung im Schwangerschaftskonflikt verbessern soll, darauf geachtet, daß der Bereich der Nachsorge und der damit verbundenen Familienplanung verstärkt wird, denn wir wissen, daß es in der Bundesrepublik um beides nicht gut steht. Wir wissen, daß in anderen Ländern weniger Abbrüche stattfinden, weil Sexualaufklärung und Familienplanung besser gelingen, als das bei uns der Fall ist.

Wir fühlen uns verpflichtet, mehr für den Lebensschutz zu tun. In der Tat heißt unser Grundsatz: Helfen statt strafen. — Es kommt darauf an, sich ganz entschieden auf die Hilfe im Konflikt einzustellen. Wir wollen, daß sich die Frauen in der Beratung angenommen wissen, daß sie auf Menschen treffen, die ihnen verständnisvoll begegnen, die ihnen zuhören und helfen wollen, den Konflikt abzuwenden, ja, wenn möglich, zu bewältigen.

Es ist schon infam zu behaupten, wir wollten unter Druck Leben erzwingen, in der Beratung Frauen manipulieren, andere Personen in die Beratung einbeziehen, um im Privatleben der Schwangeren herumzuznüffeln. Diesen infamen Behauptungen kann ich nur die Antwort entgegenstellen: Wenn es kein besseres Argument gegen das Beratungsgesetz gibt, dann müssen sich diejenigen verantworten, die Frauen in Not lassen, statt ihnen durch Beratung und andere praktische Hilfen diesen Konflikt abzunehmen.

Es ist in den letzten Wochen und Monaten so viel an unglaublichen Informationen verbreitet worden, daß wir in der Tat befürchten müssen, daß die Angstschwelen gegenüber der Beratung heraufgesetzt worden sind. Auch aus diesem Grunde

sage ich nachdrücklich: **Wir brauchen sehr rasch das Ende auch der parlamentarischen Beratungen, um das Beratungsgesetz in Kraft zu setzen, damit diese Verleumdungen ein Ende finden, aber gerade auch die Angschwellen für Frauen herabgesetzt werden.**

Dies scheint mir um so wichtiger, als auch die Beraterinnen und Berater selbst nicht in Mißkredit zu geraten drohen. Häufig wurde die Vermutung geäußert, wir trauten den Ärzten keine verantwortliche Entscheidung zu. Dazu muß ich sagen, daß wir allerdings denken, daß medizinische Ausbildung nicht genügt, um die verantwortungsvolle Aufgabe der Beratung und sozialen Indikation wahrzunehmen.

Beratung braucht Zeit, Zeit für persönliche Zuwendung, um die Situation nachzuvollziehen, verstehen zu können. Beraterinnen und Berater müssen Frauen dort abholen, wo sie gerade stehen. Viele Frauen erfahren erstmalig in der Beratungssituation, daß es Menschen sind, die sich ihrer annehmen. Ich denke, es gilt heute auch all denjenigen zu danken, die in dieser wohl schwierigsten Konfliktsituation Menschen beraten und in Tausenden von Fällen Frauen und ungeborenen Kindern geholfen haben. Wir wollen die entlastende Unterstützung. Wir treten für ein sich veränderndes Bewußtsein ein. Das eine ist eine breite Kampagne für das Leben, das andere sind die praktischen Hilfen für Menschen in Not. Wenn heute morgen vom Umbau die Rede war, dann denke

ich hier an jene Frauen als Alleinerziehende und Verheiratete, die sich in oft schwierigster wirtschaftlicher und sozialer Situation für Kinder entscheiden. Da muß unser Engagement das größte sein, denn auf diese Weise werden wir zu glaubwürdigen Helfern für das Leben.

Wir haben dies in der Familienpolitik begonnen, aber wir müssen das herumgerissene Ruder fest im Griff behalten und das Schiff in der gleichen Richtung weiterfahren. Für die Alleinerziehenden, für die Familien ist entscheidend, ob sie erleben: **Die CDU will die Zukunft der Familien; wir bauen nicht nur das Haus Europa, wir bauen auch das Lebenshaus für die Menschen, in dem Platz für Familien und für den Zusammenhalt der Generationen ist und in dem es für die Gesellschaft wieder selbstverständlich wird, mit Kindern zu leben. — Es ist vielleicht unsere größte Herausforderung, daß wir genau dies verlernt haben.**

Deswegen werde ich die Kampagne mit allen weiterführen, die sich engagieren, Mut zum Leben zu machen, zum Leben einzuladen, den Menschen vor Augen zu führen, wie arm ein Leben ohne Kinder ist. Aber helfen wir auch den Betroffenen, insbesondere unseren Frauen, damit sie erfahren, daß dieses Leben, das manchmal sehr ausweglos ist, voller Hoffnung sein kann, damit sie das Ja zum Leben erwartungsfroh und mit praktischen Hilfen versehen auch leben können.

(Anhaltender Beifall — Die Delegierten erheben sich von den Plätzen)

Bernhard Vogel:

Für eine Kampagne zum Schutze des ungeborenen Lebens

Es ist ein Ereignis von hohem Rang, daß dieser Parteitag über das menschliche Leben diskutiert. Und gerade wenn man in diesen Wochen und Monaten mit der Christlich Demokratischen Union manche Last tragen muß, dann, glaube ich, muß man heute einmal sagen: Man kann stolz sein, der Christlich Demokratischen Union anzugehören, die diesem Thema diesen Rang einräumt.

Es ist ein gutes Zeichen, daß der Leittrag des Bundesvorstands gerade zum Kapitel „Leben“ Hunderte von Änderungsanträgen bewirkt hat. Es spricht für die Sensibilität der Partei gegenüber diesem Thema. Daß über 300 Anträge zu diesem Kapitel und über 160 Anträge zum Abschnitt „ungeborenes Kind“ eingegangen sind, ist ein erfreuliches Zeichen dieser Sensibilität unserer Mitglieder.

Die Anträge konzentrieren sich im wesentlichen auf drei Schwerpunkte: auf die Frage, ob man § 218 ändern soll; auf die Frage, ob es bei der Finanzierung durch die Kasse bleiben soll; auf die Frage, ob man von Schwangerschaftsabbruch oder von Tötung sprechen soll. Zu diesen drei Schwerpunkten möchte ich etwas sagen.

Ich möchte mich, meine Freunde, nach intensiver und reiflicher Überlegung gegen eine Änderung des § 218 aussprechen, d. h. gegen eine Strafverschärfung. Richtig gelesen und vor allem richtig gehandhabt, macht § 218 Sinn; denn er betont die umfassende Schutzpflicht des Staates für das menschliche Leben. Er billigt nicht den Schwangerschaftsab-

bruch. Er stellt ihn straffrei, und er verzichtet auf den staatlichen Strafanspruch, allerdings unter ganz bestimmten Umständen. Der medizinische Abbruch steht im Mittelpunkt.

Aber § 218 geht davon aus, daß es Situationen gibt, in denen Abwägung notwendig ist. Er tut das, meine Freunde, in einem Staat, der die Grundregeln für das Zusammenleben aller gibt, der aber das Recht einzelner Gruppen unberührt läßt, höhere Maßstäbe zu setzen, ohne sie deswegen schon zum Inhalt des Strafgesetzbuches zu machen. Strafandrohung darf nicht Rat und Hilfe behindern, auf die Schwangere in besonderen Notsituationen vor allem angewiesen sind.

Worauf es ankommt, was Gesetzgeber und vor allem Bundesverfassungsgericht tatsächlich gewollt und gesagt haben: Es muß zu einem ernsthaften Abwägen zwischen untragbarer Bedrängnis der Mutter und dem Leben des ungeborenen Kindes kommen. In der Tat, meine Freunde, die tägliche Praxis draußen entspricht diesen hohen Anforderungen nicht.

Es kann nicht sein, und es kann nicht hingenommen werden, daß einhundertfünfzigtausendmal oder öfter den Krankenkassen in Deutschland bescheinigt wird: Mutter und Kind waren gesund, aber es lagen andere, nicht abwendbare Notlagen vor. Das ist nicht in Ordnung.

Der Gesetzgeber sieht deswegen folgerichtig eine intensive Beratung vor, damit es zur ernsthaften Güterabwägung kommen kann.

Eine solche Beratung findet statt, ausführlich und situationsgerecht. Den Män-

nern und Frauen, die diese Beratung situationsgerecht und ausführlich durchführen, gebührt in der Tat unser außerordentlicher Dank.

Aber es gibt auch Fälle, wo Beratung zur oberflächlichen Erfüllung einer lästigen Pflicht gerät und wo das Ziel der Beratung aus dem Blick verloren wird. Ziel muß sein der Schutz des Lebens des ungeborenen Kindes und der Schutz des Lebens der Mutter.

Bedauerlicherweise verfügen nur zwei Länder in Deutschland über ein Beratungsgesetz: Rheinland-Pfalz seit 1977, Bayern seit 1977. Jeder weiß, daß die Beratungspraxis in den elf Ländern sehr unterschiedlich gehandhabt wird.

Die zentrale Vorschrift des rheinland-pfälzischen Beratungsgesetzes lautet: Die soziale Beratung dient vorrangig dem Schutz des ungeborenen Lebens und wird mit dem Ziel angeboten, die Bereitschaft der Schwangeren zur eigenverantwortlichen Annahme der Schwangerschaft zu stärken und zu erhalten. Ziel der Beratung muß das Leben sein, meine Freunde.

Wir müssen darauf bestehen, daß Beratung ernst genommen wird. Wir wollen deswegen, daß es im Bund ein solches Beratungsgesetz gibt. Vielleicht ist es gut, daß der Gesetzentwurf noch nicht verabschiedet ist; denn das gibt uns Gelegenheit, als Partei unseren Standpunkt unmißverständlich deutlich zu machen.

Es mag sein, daß man in einer Koalition zu Kompromissen finden muß. Aber am Anfang muß die klare Aussage der CDU stehen, was nach ihrer Meinung Ziel der Beratung von Schwangeren zu sein hat.

Zur Kassenfinanzierung: Es gibt gewichtige Gründe, die Kassenfinanzierung der Notlagenindikation in Frage zu stellen. Und in der Tat sprach die erste Fassung des Leitantrags von einer Finanzierung aus Steuermitteln. Die Diskussion darum zeigt meines Erachtens das Dilemma. Wir

empfinden Unbehagen darüber, daß die häufig mißbräuchlich angewandte Notlagenindikation durch die Solidargemeinschaft der Versicherten oder durch den Staat mitfinanziert werden soll. Es ist verständlich, daß sich dagegen Widerspruch regt.

Ich sehe aber auch, daß es einer sachgerechten Abwägung schädlich ist, wenn die Finanzierung in den Mittelpunkt rückt. Wir wollen, meine Freunde, eine wertgerechte Abwägung. Wir wollen bessere Beratung, wir wollen mehr Hilfe. Dazu paßt es nicht, die Finanzierung in Frage zu stellen und schon von daher viele Schwangere in die Illegalität zu treiben.

Die Hilfe muß das beherrschende Kriterium sein; Frau Süsmuth hat das vorhin überzeugend begründet.

Und schließlich, meine Freunde, verlangen mehrere Anträge, die klare Aussage in den Leitantrag aufzunehmen, daß Schwangerschaftsabbruch Tötung ist. Ich halte diese Verdeutlichung für richtig. Denn, meine Freunde, für uns handelt es sich um Leben, und zwar um Leben von der Verschmelzung von Ei und Samenzelle an, und für uns steht Leben von Anfang an unter dem Schutz des Staates. Immer, wenn ein solches Leben abgebrochen wird, handelt es sich um Tötung, und wir sollten den Mut haben, das auch so zu bezeichnen.

Meine Freunde, diese Diskussion wird zu Beschlüssen führen, und das ist gut. Aber durch diese Diskussion wird mehr bewegt, als nur ein Papier verabschiedet. Es ist ein Stein ins Wasser geworfen, und die See wird in dieser Frage nicht wieder zur Ruhe kommen. Das Thema war jahrelang, ja, es war jahrzehntelang tabu. Weil es aber heute wieder Diskussionsthema ist, fühlen sich immer mehr Menschen ermutigt und bestärkt, dazu Stellung zu nehmen. Wir wollen, daß dies ein Thema

Ernst Albrecht:

Das Bewußtsein der Menschen müssen wir ändern

Liebe Parteifreunde! Ich denke, ich bin der erste evangelische Christ, der sich hier zu Worte meldet. Ich glaube, es ist in unserer Debatte wichtig, daß ganz klar wird: Dies ist nicht eine Frage von katholisch oder evangelisch, sondern jeder Christ ist hier zutiefst berührt. Ich denke, es wird sehr schnell deutlich werden, daß es in der Art, wie wir denken und wie wir uns Sorgen machen und leiden, keine Unterschiede nach Konfessionen gibt.

Ich möchte beginnen, indem ich — ich bitte dafür um Verständnis — zunächst meinen Gefühlen freien Lauf lasse. Wir alle wissen inzwischen, daß — von der Wissenschaft nicht mehr bestritten — menschliches Leben in dem Augenblick beginnt, wo die Befruchtung stattfindet.

Jedes Kind im Mutterleib ist von Anfang an Mensch und hat deshalb eine unverzichtbare Würde. Alles, was wir sagen — daß menschliches Leben unverzichtbar ist —, gilt in gleicher Strenge für das ungeborene Leben wie für das geborene Leben.

Vergleichen wir damit unsere erschreckende Wirklichkeit. Wie sieht es denn aus? Hunderttausende von Kindern, mindestens über 200 000, so sagt man uns, werden jedes Jahr in unserer Mitte getötet. Da kann man doch nicht ruhig schlafen. Da kann man nicht hingehen und sagen: Das berührt mich nicht; das ist halt so. Wenn es in unserer Gesellschaft irgend etwas gibt, was uns leiden lassen muß, unglücklich stimmen muß, zum Handeln aufrufen muß, dann ist es die Tatsache, daß Menschen, in ihrer Men-

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

in der ganzen Gesellschaft und in der ganzen Bevölkerung wird. Dazu fühlen wir uns dadurch ermutigt, daß das Thema insonderheit von vielen jungen Leuten aufgegriffen worden ist, insbesondere von sehr vielen Kreisverbänden der Jungen Union in unserer Partei. Wir wollen, daß es eine Kampagne zum Schutze des ungeborenen Lebens gibt.

Wir wollen die Gesetze richtig machen und die Beschlüsse richtig fassen. Vor allem wollen wir aber eine Änderung in der Gesinnung und im Bewußtsein der Menschen unserer Bevölkerung erreichen. Meine Freunde, heute stößt sich

mancher an der CDU und an denen in der CDU, die über dieses Thema reden. Morgen werden sie uns vorwerfen, daß wir es nicht nachdrücklicher und lauter getan haben.

Wir sollten in aller Behutsamkeit, wie es diesem Thema angemessen ist, in aller Sensibilität auch für andere Standpunkte hier von Wiesbaden nicht nur mit Beschlüssen, sondern mit der Entschlossenheit abreisen, daß dieses Thema nicht zur Ruhe kommt, bevor in unserem Land der Schutz des Lebens, des sterbenden, des manipulierbaren und vor allem des ungeborenen Lebens wieder eine gesellschaftspolitische Selbstverständlichkeit ist. Und darum bitte ich Sie.

schenwürde unverfügbar, jedes Jahr zu Hunderttausenden in Deutschland getötet werden.

Was ist das eigentlich für eine Gesellschaft, die sich wochenlang darüber aufregen kann — obwohl ich das begrüße —, daß die Robben an Lungenentzündung sterben, und in den öffentlichen Medien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dieses Thema konsequent totschweigt?

Es ist ein unbequemes Thema. In Wahrheit möchte unser gesamtes Volk das Thema am liebsten nicht berührt haben. Aber meine Überzeugung ist: Wenn wir Christliche Demokraten sind, wenn wir das große C zu Recht in unserem Namen tragen, dann müssen wir davon reden. Das tun wir heute, aber wir dürfen es nicht nur heute tun.

Nun möchte ich hinzufügen: Es ist uns Menschen nicht erlaubt, nur Gefühle zu haben, sondern wir müssen auch den Versuch machen, Erkenntnis zu gewinnen und danach zu handeln. Fragen wir uns doch einmal. Wenn wir den Gefühlen folgten und sagten, menschliches Leben im Mutterleib darf nicht getötet werden: Ist damit schon die Lösung gefunden? Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, daß das nicht der Fall ist, daß ziemlich unabhängig davon, wie die Gesetze formuliert sind, Abtreibung im großen Stil in der Bundesrepublik, in der westlichen Welt, in Europa, in Amerika und anderswo, praktiziert wird.

Ich glaube, daß wir es uns zu leicht machen, wenn wir nicht begreifen, daß das tiefere Gründe hat. Es liegt nicht an unserer Unvollkommenheit, klare und gute Gesetze zu machen. Meine Überzeugung ist, es hat tiefere Gründe. Dazu möchte ich einiges sagen.

Ich habe im Theologiestudium in meiner Jugend gelernt, daß Jesus Christus durch seinen Kreuzestod die Menschen erlöst

hat und daß das Reich Gottes denen zugesprochen ist, die an ihn glauben und ihn als ihren Herrn anerkennen. Ich habe aber auch gelernt, daß wir noch nicht im neuen Jerusalem — biblisch gesprochen — leben, daß wir noch nicht den neuen Himmel und die neue Erde haben, sondern wir leben im alten Äon, wie die Theologen sagen, und der steht immer noch unter dem Gesetz der Erbsünde. Wenn es eine Erfahrung gibt, die ich in zwölf Jahren Regierungsverantwortung gemacht habe, dann ist es diese: wie tief diese Erbsündestruktur überall wieder durchschlägt. Es ist eine Schlußfolgerung, die ich daraus gezogen habe — es ist ja eine Diskussion, die wir mit unseren Kirchen, vor allen Dingen gelegentlich mit der evangelische Kirche, führen müssen —: Wer glaubt, die Erbsündestruktur der Welt mißachten zu können, der schafft nicht das Gute, sondern das Unheil. Wer glaubt, Friedenssicherung machen zu können, indem er sich auf den guten Willen aller Menschen verläßt und nicht die Erbsündestruktur ernst nimmt, der schafft den Krieg.

Auch bei diesem schweren Problem müssen wir uns fragen, wie wir mit der Erbsündestruktur, der wir nicht entweichen können, tatsächlich fertigwerden. Ich möchte deshalb auch nicht harmonisieren. Wenn ich eine leise Kritik, Rita Süßmuth, an den Ausführungen, die Sie gemacht haben — die großartig waren —, habe, dann ist es, daß mit dem Begriff der Liebe nach meiner Überzeugung das nicht gelöst werden kann. Es ist ein wichtiger Beitrag. Aber es bleibt etwas Ungeklärtes. Es muß auch das sittliche Gebot klar sein.

Es darf keinen Zweifel daran geben, daß es sich hier um unverfügbares Leben handelt. Es ist auch die Aufgabe eines Staates, der Rechtsstaat sein will, daß er alles einsetzt, was in seiner Macht ist, um dieses Leben zu schützen.

Nur — nun kommt wieder die andere Seite — müssen wir auch erkennen, daß unsere Macht begrenzt ist. Ist es wirklich ein Problem der Änderung des § 218? Ich habe ihn mir nochmals angeschaut und mitgebracht. Da heißt es in der umstrittenen Notlagenindikation, daß der Abbruch der Schwangerschaft straffrei bleibt, wenn er geschieht, „um die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann“ und — als zweite, zusätzliche Bedingung, die erfüllt sein muß — „daß die Notlage nicht auf eine andere, für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann“. Die Wahrheit ist doch, daß fast nie eine Situation entsteht, vor allem wenn wir für die Menschen so viele Hilfen bereitstellen, wo die Notlage nicht auf andere Weise abgewendet werden könnte.

Aber das heißt doch wohl, daß es nicht so sehr der Gesetzestext in seiner Formulierung ist, sondern daß wir mit der Tatsache konfrontiert sind, daß er nicht angewandt wird. Warum wird er nicht angewandt? Das hat, glaube ich, doch etwas mit dem Bewußtsein unserer Bevölkerung zu tun. Deshalb meine ich in der Tat, daß die wichtigste Aufgabe, die wir haben — das kann uns hier alle zusammenfüh-

ren —, ist, daß wir versuchen, Bewußtsein zu ändern.

Ich werde deshalb für den Antrag des Bundesvorstands stimmen. Ich füge hinzu: Ich werde an diesem Problem nach diesem Antrag weiter leiden. Denn ich weiß genau, daß der Antrag für sich das Problem auch nicht löst. Aber ich hoffe doch, daß wir ein wenig Bewußtsein ändern können. Vielleicht — um mit einer optimistischeren Note zu schließen — tut sich jetzt doch etwas in unserer Gesellschaft. Es kommt ja nicht allein die Diskussion über menschliches Leben. Es ist in Wahrheit die Diskussion über die Natur, über die Schöpfung, über die Ehrfurcht vor dem Leben schlechthin, wie Albert Schweitzer es gesagt hat, die uns eine Chance gibt, den Schutz des ungeborenen Lebens zu verbessern.

Denn — das sage ich noch einmal zum Schluß; das ist ja einer der stärksten Punkte, die wir in der Diskussion haben — es geht nicht an, daß man unentwegt unterwegs ist, das Leben der Tiere zu schützen, und daß man das Leben der ungeborenen Kinder mißachtet.

Wenn wir dies erreichen, dann haben wir vielleicht als Christliche Demokraten in unserem Volk doch etwas bewirkt. Ich möchte es uns wünschen.

Das „**Protokoll des 36. Bundesparteitages der CDU**“ zum Preis von 30,- DM inkl. Versandkosten, plus Mehrwertsteuer kann ab sofort bestellt werden bei der

Union Betriebs-GmbH, Postfach 2449, 5300 Bonn 1

Norbert Blüm:

Der Vater ist moralisch genauso gefragt wie die Mutter

Ich denke, daß das Thema, über das wir heute nachmittag diskutieren, das wichtigste Thema auf diesem Parteitag ist. Ich weiß, daß Verteilungsfragen und Sicherheitsfragen ganz wichtig sind. Eine Partei muß aber trotz aller Meinungsverschiedenheiten Identität in Grundsatzfragen bewahren, wenn sie die Meinungsverschiedenheiten in der Tagespolitik bewältigen will. Deshalb brauchen wir auch in dieser Frage die Identität im Ziel.

Worüber wir uns streiten, sind die Wege zu diesem Ziel. Ich finde es ganz wichtig, daß wir uns nicht in solche, die das Leben zur Verfügung stellen wollen, und solche, die es schützen wollen, auseinanderdividieren lassen. Wir diskutieren nur über die Wege, wie wir das Ziel erreichen.

Deshalb würde ich mich mit Leidenschaft dagegen wehren, hier eine Diskussion zu führen, wer die bessere Moral auf seiner Seite habe. Das wäre eine Pharisäerdiskussion.

Beide Positionen, die hier vertreten werden, haben unter dem Dach der CDU das gleiche Heimatrecht. In Gewissensfragen kann niemand, auch nicht mit Mehrheiten, festgelegt werden. Wir diskutieren über den besten Weg.

Ich glaube, zu keiner Zeit war der Abstand zwischen dem, was die Menschen können und dem, was sie dürfen, größer als heute. Es gab Jahrtausende, in denen die Menschen viel weniger gekonnt haben, als sie gedurft haben. Heute können wir so gut wie alles. Deshalb brauchen wir zur Erhaltung unserer

Humanität mehr Moral als in jeder anderen Zeit.

Moral ist nicht ein schöner Luxus für gehobene Bedürfnisse. Sie ist Sicherung der Humanität in einer Zeit, in der der Mensch mit sich so gut wie alles anstellen kann.

Wir sind in der Lage, tausend identische Frösche herzustellen. Warum sollten wir nicht auch tausend identische Menschen herstellen können? Wir sind in der Lage, den Menschen bis in seine Erbsubstanz hinein zu erobern, ihn nach Programm und Wunsch der Mächtigen — wer immer das ist — herzustellen. Wenn alles erlaubt ist, was machbar ist, dann wandern wir in eine Gesellschaft glücklicher Idioten. Wer das nicht will, muß die Frage stellen, was der Mensch soll, was er darf. Und ich sehe das als unsere Pflicht an.

Wenn wir die Frage erlauben „Wann ist der Mensch schon Mensch?“, dann können wir die Frage nicht mehr abschneiden: „Wann ist er noch Mensch?“ Wer ihn am Anfang zur Disposition stellt, wird auch das Ende der Willkür anheimgeben.

Wir sind in der Lage, den Menschen von der Natur absolut abzunabeln, zu verkünstlichen. Wir haben den Vater schon anonymisiert. Wir können auch noch die Mutter anonymisieren. Wir können den Menschen programmieren und als Kunstprodukt produzieren.

Wollen wir eine solche Zukunft? Ich glaube, wir können uns diesen Gefahren nur durch eine Rückkehr zu einem alten, fast magischen Begriff entziehen, zu dem

des Tabus. Wir müssen das Leben tabuisieren.

Es muß der Verfügbarkeit des Menschen, auch seinem wissenschaftlichen Forschungstrieb und seinen Manipulationsbedürfnissen entzogen werden. Wir müssen den Menschen vor sich selber retten.

Daß der Mensch Verantwortung vor Gott hat, daß er Rechenschaft über sein Leben ablegen muß, ist, so denke ich, keine reine Erbaulichkeit, sondern ist die Sicherung seiner Selbständigkeit, ihn aus den Klauen der Manipulatoren zu befreien. Laßt uns — über alle Unterschiede — heute nachmittag festhalten, daß wir in dieser Grundposition in der Christlich Demokratischen Union restlos übereinstimmen.

Das darf über diese Diskussion, so finde ich, zu keinem Augenblick vergessen werden.

Und jetzt wenden wir uns der Frage zu: Welcher Weg? Ich bekenne, daß ich zu denen gehört habe, die im Deutschen Bundestag seinerzeit dafür plädiert haben, nur die medizinische Indikation der Straffreiheit anheimzugeben. An meiner Grundposition hat sich überhaupt nichts verändert. Nur, wenn sich Recht und Bewußtsein auseinanderentwickeln, wenn eine große Kluft entsteht, frage ich mich: Wie überbrücke ich diese Kluft? Wenn die Kluft so ist — und die Zahlen der Abtreibung beweisen es, daß zwischen Recht und Bewußtsein eine Kluft ist —, dann überbrücken wir, so fürchte ich, die Kluft nicht durch Verschärfung des Strafrechts; sie wird nur größer. Deshalb setze ich beim Bewußtsein an.

Es gab in der christlichen Soziallehre einen alten Kampf, ganz dogmatisch geführt, was wichtiger sei: Gesinnungsreform oder Zuständereform. Ich glaube, daß man diesen Streit nicht dogmatisch entscheiden kann. Aber in der Situation, in der wir sind, in der die Sensibilität im Vergleich zu anderen Zeiten abgenom-

men hat, kommt es, glaube ich, auf eine große Sympathiewerbung, eine Rückbesinnung auf das Leben an. Und den, der sich für Verschärfung des Strafrechts ausspricht, bitte ich, nicht mißzuverstehen, wenn ich sage, daß er den bequemeren Weg gewählt hat. Wer aber für das Bewußtsein und seinen Wandel eintritt, muß alles tun, damit das Bewußtsein in dieser Gesellschaft verändert wird. Die CDU muß für diese Position auf die Straßen gehen, sie muß dafür werben und bekennen. Das ist nicht im stillen Kämmerlein zu machen.

Ich ziehe mich auch auf die alte Moralposition der christlichen Soziallehre zurück, daß nicht alles, was sittlich gesollt ist, rechtlich sanktioniert werden muß. Deshalb: Hinsichtlich des sittlichen Sollens habe ich gegenüber früheren Zeiten überhaupt keine Korrektur vorzunehmen. Ich denke nur: Zur Glaubwürdigkeit der Position Bewußtsein gehört auch, daß wir uns selber prüfen, zu welchen Opfern wir bereit sind, um diese Position glaubwürdig darstellen zu können.

Wer die Mutter, die uneheliche Mutter verachtet, hat aus meiner Sicht überhaupt kein Recht, an dieser Diskussion teilzunehmen.

Wir können nicht mit zweierlei Strafen arbeiten: die Mutter, die ihr Kind abtreibt, durch Gesetz bestrafen, und die Mutter verachten, die es austrägt. Beides geht nicht. Dann muß diese Gesellschaft bereit sein, auch der unehelichen Mutter ihren Platz zu lassen, sie nicht zu diskriminieren, ihr zu helfen. Das gehört zur Glaubwürdigkeit dieser Position.

Und damit wir den anderen Teil nicht vergessen: Der Begriff „unehelicher Vater“ ist so gut wie unbekannt. Wieso eigentlich? Wieso hat die Gesellschaft hier zwei Platzkarten verteilt? Der Vater ist in dieser Frage moralisch genauso gefordert wie die Mutter. Es läßt sich hier

sehr leicht, bekenntnishaft darüber reden. Praktiziere es jeder in seiner Nachbarschaft, in seiner Familie.

Es ist leichter, hier darüber zu reden, als als Vater und Mutter der eigenen Tochter und dem Sohn treu zu bleiben, wenn sie in Schwierigkeiten gekommen sind, und ihnen nicht die falschen Ratschläge zu geben, sie zu Hause zu halten.

Die Position, die wir hier vertreten, kann nicht der bequeme Ausweg des Verdrängens sein.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich das noch hinzufügen: Die Diskussion, ob es moralischer sei, Abtreibung durch die Krankenversicherung oder durch das Finanzamt bezahlen zu lassen, habe ich nie verstanden. Ich halte sie für eine Verdrängungsdiskussion.

Der Beitrag zur Krankenversicherung ist nicht moralischer als die Pflicht des Steuerzahlers. An dieser Stelle wird diese Frage nicht entschieden. Das ist eher eine Ablenkung von den eigentlichen Fragen, um die wir uns kümmern müssen.

Und ich will die Diskussion auch von dem Verdacht befreien, sie nehme Rücksicht auf die Koalition. Ich würde diese Position, die ich hier einnehme, genauso einnehmen, wenn wir die absolute Mehrheit hätten. Das hat doch nichts mit Meinungsbefragung, mit Koalition zu tun.

Ich glaube, in der Situation, in der wir sind, geht es um eine neue Sympathiewerbung mit viel Liebe und Verständnis für die, die in Not sind.

Es geht um eine neue Bewegung für die Schwachen; das ist christlich. Und die Schwächsten ohne Stimme sind die Ungeborenen. Wer das ungeborene, behinderte Leben zur Disposition stellt, der entzieht auch dem behinderten Geborenen Schutz. Insofern darf es hier keine Verweigerung, keine Einteilung geben: Jeder Mensch ist Gottes Kind, ob behindert oder nicht behindert, ob schwarz, ob weiß, ob intelligent oder nicht intelligent. An solchen Fragen muß die CDU ihre Grundsatzposition beweisen. Auch wenn wir hier gegen den Wind, gegen den Sturm rudern müssen, hier müßten wir, so meine ich, diese Position gemeinsam vertreten. Demgegenüber reduzieren sich die Fragen, auf welchem Wege wir diese Position konkretisieren, auf nachgeordnete Fragen.

Ich habe diese Diskussion heute nachmittag als wohltuend empfunden, weil sie mit großem Respekt, mit großer wechselseitiger Achtung ausgetragen wurde. Lassen Sie uns diesen wechselseitigen Respekt erhalten! Wer Sympathie für Leben und Liebe hat, der kann es nicht fanatisch vortragen. Und manchmal habe ich beim Austragen solcher Konflikte weniger Gefühle des Mitleids und mehr den harten Willen zur Verurteilung gespürt. Entziehen wir uns dieser Art von Diskussion! Bleiben wir als christliche Demokraten die großen Sympathisanten der Schwachen. Und die Schwächsten sind die Ungeborenen.

Lothar Späth:

Wenn die Gesellschaft nichts dazulernt, müssen wir die Frage erneut diskutieren

**Liebe Freunde! Wir in Baden-Württemberg haben dieses Thema ja sehr kontrovers diskutiert, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir gesagt haben: Wir wollen gegenwärtig keine Änderung des Strafrechts, aber wir wollen — so haben wir am Debat-
tenende gesagt — auch nicht, daß auch dann, wenn alle Anstrengungen nicht helfen, gewissermaßen für alle Zeit gesagt ist, dies sei sakrosankt.**

Nun haben wir uns in dieser Diskussion für eine Weile in eine gewisse Gefahr begeben, und unter der leiden wir im Augenblick bei der Suche nach dem Abstimmungsverhalten. Wir sind uns nämlich weitestgehend über zwei Dinge einig: zum einen darüber, daß wir denjenigen, die sagen „Wir glauben innerlich, daß eine Veränderung des Strafrechts helfen könnte“, nicht den Satz zumuten können, daß die Erfahrung zeigt, daß das nicht geht. Zum anderen kann ich die Alternative, daß wir der Überzeugung sind, als Kompromiß auch mindestens dem nicht zumuten, der dieser Überzeugung eben nicht ist.

Wir müssen also sehen, wie nahe wir zusammenkommen. In der Debatte hatten wir jetzt ein paar Ausführungen, die die Sache deshalb so schwierig machen, weil sich jemand, der heute „nein“ sagt, dies aber nicht so ganz abschließend sagt, dem Verdacht aussetzt, daß er durch die Hintertür andeuten will: Jetzt gerade geht es nicht, aber ich behalte mir vor, und zwar bald . . . Dann setzen wir uns einer Diskussion aus, in der es heißen wird: Die haben sich nicht klar ausgedrückt.

Die Position des Bundeskanzlers und unseres Vorsitzenden habe ich so verstanden, daß er gemeint hat: Ich vertrete hier meine Position, und ich will klarstellen, daß für mich eine Gesetzesänderung nicht in Frage kommt.

Jetzt will ich an einem weiteren Punkt ansetzen. Ich will, daß wir jetzt am Gesetz nichts machen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir etwa in den nächsten zwei Jahren Erkenntnisse sammeln könnten, die zu einer Änderung der Rechtspositionen führen können. Ich weiß aber auch, daß ich will, daß wir jetzt nicht kleckern. Ich möchte, daß ich einmal so viele Fernsehsendungen sehe und so viele Illustriertenanzeigen zum werdenden Leben in einer fast kinderlosen Gesellschaft lese, wie ich sie zur Bekämpfung von AIDS zur Kenntnis nehme.

Ich möchte auch, daß wir nicht nur verbal sagen, daß wir alles tun wollen, sondern daß auch sichtbar ist: Auf dem Wege, auf dem die CDU jetzt seit 1982 ist, hat niemand so viel getan. Wir müssen beim Thema „Hilfe und Unterstützung“ alles tun, und wir müssen dazu auch sagen, daß wir in der eigenen Partei gegen die Heuchelei kämpfen, die darin besteht, daß viele den Frauen Ratschläge geben und sich dann davonschleichen, wenn sie selber in diese Entwicklung mit involviert sind.

Dies alles gehört zusammen, und dann sind wir nur noch an einem Punkt auseinander. Deshalb sage ich: Ich kann diese Formulierung tragen. Ich habe auch noch nach anderen gesucht, z. B.: Wir gehen davon aus, oder: Wir versprechen uns . . . Ich sage denen, die gegen die Formulie-

rung des Generalsekretärs sind, daß ich damit leben kann, daß man die Sache herausnimmt. Jetzt haben wir aber so viel darüber diskutiert, daß dann, wenn wir sie nur herausnehmen, die Verdachtsdiskussion beginnt: Den Satz haben sie herausgenommen, und das war die eigentliche Entscheidung; sie begeben sich jetzt nämlich doch auf den Pfad . . . Das macht die Sache so schwer.

Deshalb gebe ich für mich folgendes zu Protokoll. Ich kann dem Vorschlag Geißler zustimmen, aber dann, wenn ich in fünf Jahren in Baden-Württemberg trotz aller Anstrengungen noch die gleiche Zahl von Abtreibungen habe, werde ich mir mit meiner Partei die Freiheit nehmen, noch einmal laut darüber nachzudenken, was jetzt Rechtssituation ist und was möglich ist. Ich plädiere also dafür, daß wir die Lösung Geißler annehmen,

und ich sage auch dem Bundeskanzler, daß ich für die nächsten Jahre keine andere Möglichkeit sehe. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir alle anderthalb Jahre eine Diskussion um das Strafrecht beginnen sollten. Vielmehr sollten wir jetzt unsere ganze Kraft einsetzen, alles dafür zu tun, die Situation zu verbessern.

Aber, wie gesagt, ich füge für mich und für den Landesverband Baden-Württemberg hinzu: Ich habe auch den Mut, nach fünf Jahren bei einer Erfolgskontrolle, wenn ich dann sehe, daß sich überhaupt nichts geändert hat und daß diese Gesellschaft nichts dazulernt, zu sagen, daß wir dann über diese Frage neu müssen diskutieren können. So verstanden, meine ich, daß wir uns jetzt weit aufeinander zubewegt haben, und ich denke, daß wir so die Formulierung von Heiner Geißler akzeptieren können.

Umweltschutz – Thema einer EAK-Veranstaltung

Für das 9. Bonner Theologische Gespräch konnte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU den Bochumer Alttestamentler Prof. Siegfried Herrmann gewinnen. Der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, begrüßte unter den zahlreich erschienenen Gästen auch den EAK-Ehrenvorsitzenden Dr. Gerhard Schröder sowie weitere Mitglieder des EAK-Bundesvorstandes.

In seinem Vortrag „Zwischen Schöpfung und Chaos – Dimensionen des biblischen Schöpfungsglaubens“ leitete Prof. Herrmann aus dem Alten Testament die Verantwortung des Menschen nicht nur für die ihn umgebende Welt ab. Er betonte darüber hinaus, daß Schöpfungs-

theologie dem Menschen weit mehr Verantwortung aufgibt, als er in der notwendigen Sorge für die Umwelt schon wahrzunehmen meint.

Was bringt uns die Steuerreform?

Das Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet ein sogenanntes Eichholzer Informationsforum zum Thema „Mehr Gerechtigkeit – weniger Bürokratie: Was bringt uns die Steuerreform?“ Die Veranstaltung findet statt am 4. und 5. Juli 1988 in Schloß Eichholz, Wesseling. Hervorragende Fachleute aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft stehen zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Anmeldungen sind nach Eichholz zu richten, Postfach 1331 in 5047 Wesseling.

Die CDU hat einen Schluck Zuversicht getankt

Kommentare zum 36. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden

Wasservorrat eingeteilt

Jedem im Saal ist klar: zu Helmut Kohl, dem Mann mit dem sicheren Machtinstinkt, gibt es auch nach genau 15 Jahren Parteivorsitz keine Alternative. Wenn es darauf ankommt, steht die Partei hinter ihm, und wenn er sagt, die Karawane zieht weiter, dann nimmt man ihm ab, daß er seinen Wasservorrat eingeteilt hat.

(Deutsches Fernsehen)

Einmütige Entscheidungen

Versucht man eine Bilanz dieses Parteitages, so ist vor allem die große programmatische Geschlossenheit der Union beeindruckend. In der Außen- und Deutschlandpolitik wurden Entscheidungen mit Einmütigkeit getroffen, die in den kommenden Jahren wohl in den Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzungen rücken werden. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie spricht die CDU deutlich aus, daß ein Restbestand an Nuklearwaffen in Europa unverzichtbar ist, wenn man das Kräftegleichgewicht erhalten will. Insgesamt zeigt der Parteitag, daß die CDU trotz ihrer Regierungstätigkeit seit 1982 nicht die Fähigkeit verloren hat, auch leise Stimmen zu hören, die von Schwierigkeiten berichten. Offenbar ist sie gewillt, sich auch mit mächtigen Interessengruppen anzulegen, wenn es gilt, unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

(Norddeutscher Rundfunk)

Hoffnungskarawane

In gedrückter Stimmung war die CDU nach Wiesbaden gekommen: Die Regierungsarbeit in Bonn läßt sich mühsam an. Große Reformvorhaben drohen die Kraft der Koalition zu überfordern. Wie sieht die

Bilanz der dreitägigen Heerschau der CDU aus? An den Problemen hat sich nichts verändert. Aber die Hoffnung ist gestiegen, allen gegenwärtigen Widrigkeiten zum Trotz bis zur Bundestagswahl 1990 doch noch die grünen Auen jenseits der Einöde zu erreichen, durch die die Parteikarawane zur Zeit ziehen muß. Dieses Stimmungsplus ist dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zuzuschreiben, der zur rechten Zeit in die Fanfare der Zuversicht stieß.

(Handelsblatt)

Überzeugend

Der Parteitag der CDU in Wiesbaden hat mehr gehalten als er versprochen hatte. Was als Pflichtübung schien, als notwendiges Ritual, entwickelte eine Eigendynamik, wie man es bei den Unionsparteien nicht alle Tage erlebt. Der Leitansatz des Bundesvorstands, der schon Monate vor den Debatten in Wiesbaden viel Staub aufgewirbelt hatte, dessen ursprüngliche Fassung geglättet, konsensfähig gemacht worden war, hatte noch so viel Sprengkraft in sich, daß es einer gehörigen Portion Disziplin und intellektueller Redlichkeit bedurfte, die Beratung zu einem guten Ende zu führen. Die CDU hat dies überzeugend geschafft.

(Die Rheinpfalz)

Wieder Mut

Geißlers Verdienst war es, das überaus delikate Thema der Abtreibung unbeschadet über die Untiefen des Wiesbadener Parteitags hinwegzuheben, und er schaffte es auch, dem verzagten Parteivolk wieder Mut für die schon verloren geglaubte Bundestagswahl von 1990 einzufließen.

(Stuttgarter Zeitung)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

36. Bundesparteitag

Die Reden und Beschlüsse vom 36. Bundesparteitag sind jetzt beim IS-Versandzentrum als Broschüren erhältlich.

Best.-Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis pro Min.
3089	Rede: Helmut Kohl	25 Expl.	22,50
3090	Rede: Heiner Geißler	25 Expl.	22,50
3091	Rede: Alfred Dregger	25 Expl.	22,50
5092	Beschluß: Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes	50 Expl.	16,—
5093	Beschluß: Unsere Verantwortung in der Welt	50 Expl.	22,50

Alle Preise inkl. Versandkosten zuzügl. MwSt.

Bestellungen an:

IS Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UID

20/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-4 21.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.